# Lübecker Volksbote

**Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung**

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 166. Dienstag, den 18. Juli 1916. 23. Jahrg.


# Die Notwendigkeit der Parteieinheit.

Von Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter.

Durch den Aufruf zur Einigkeit haben eine Anzahl führender Parteigenossen den ernsten Willen und die feste Entschlossenheit bekundet, nichts unversucht zu lassen, um noch in letzter Stunde die sozialdemokratische Arbeiterschaft auf den Ernst der Lage hinzuweisen und ihnen klar zu machen, welchen Gefahren die gesamte Arbeiterbewegung entgegengeht, wenn sie, anstatt sich auf das zu besinnen, was uns alle eint, fort und fort das Trennende hervorhebt und zur Freude unserer Gegner sich selbst zerfleischt. Wohl ist es spät, aber es ist noch nicht zu spät. Schwere Wunden hat der unheilvolle Bruderzwist uns zugefügt, aber sie sind nicht todbringend. Noch ist Rettung möglich, aber die Rettung kann nur dann kommen, wenn jeder Einzelne die Sache über die Person stellt.

Kein einsichtiger Sozialdemokrat wird verlangen oder auch nur wünschen, daß der Erörterung der uns alle bewegenden Probleme in der Presse oder in Versammlungen Schranken gezogen werden. Die Unterbindung der freien Aussprache widerspricht so sehr dem innersten Wesen der Sozialdemokratie, daß daran im Ernst nicht gedacht werden kann. Wohl aber ist es nötig, endlich mit den gegenseitigen Beschimpfungen und Verdächtigungen aufzuhören, die das Parteileben vergiften, die mehr als einem bisher tätigen Genossen die Freude an der weiteren Mitarbeit rauben, die aber für unsere Gegner reiner Gewinn sind und zu gegebener Zeit gegen uns ausgenutzt werden. Haben sich die, die die bekannten, von Beleidigungen strotzenden Flugblätter verfassen und verbreiten, einmal deren Wirkung auf unsere politischen Widersacher oder gar auf die große Zahl der Indifferenten überlegt, die es erst noch zu gewinnen gilt? Ist ihnen niemals zum Bewußtsein gekommen, wie sie dadurch, wenn auch sehr gegen ihren Willen, dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühlen gießen?

Allerdings müssen wir denen, die sich zu diesen Flugblättern bekennen, zugute halten, daß sie durch die Unduldsamkeit der anderen Richtung schwer gereizt worden sind. Diese Unduldsamkeit, diese Unterdrückung der Meinung eines jeden, der nicht unbedingt auf den Standpunkt der Mehrheit der Reichstagsfraktion steht, im Verein mit bewußter Nichtachtung des Organisationsstatuts muß naturgemäß auf der Gegenseite Gefühle auslösen, die nicht gerade die Brüderlichkeit zu fördern geeignet sind. Druck erzeugt Gegendruck, und so ist allmählich ein unhaltbarer Zustand in der Partei entstanden, ein Zustand, dem, je eher desto besser, ein Ende zu machen in Wahrheit das Gebot der Stunde ist.

Die Schuldfrage wollen wir absichtlich ununtersucht lassen, um nicht die Gegensätze zu vergrößern und unliebsame Debatten heraufzubeschwören. Jeder einzelne aber sollte sich selbst einmal allen Ernstes die Frage vorlegen: Wohin soll es führen, wenn fort und fort diejenigen, die für die Kredite gestimmt haben, darunter Männer, die mehr als ein Menschenalter im Dienste des Sozialismus tätig gewesen sind, als Verräter an den Pranger gestellt werden? Wohin soll es führen, wenn der Spitze der Gewerkschaftsbewegung der Vorwurf gemacht wird, sie wolle absichtlich die Arbeiterbewegung auseinanderreißen? Wohin soll es führen, wenn andererseits denen, die sich erlauben, die Tätigkeit der Reichstagsfraktion rein sachlich zu kritisieren, schon die bloße Kritik verargt wird und wenn sie deshalb den gehässigsten Angriffen teils persönlicher Natur, in den (soll wohl heißen: einigen? Red. d. „L. V.") Organen der Mehrheit ausgesetzt sind?

Reiben wir unsere Kräfte im Kampfe gegen einander auf, dann werden unsere Gegner gewonnenes Spiel haben. Es gibt nichts unheilvolleres als den Bruderzwist. Der Hoffnung wird sich doch niemand hinzugeben wagen, daß uns nach dem Kriege keine Kämpfe bevorstehen. Im Gegenteil, dann harren unser Kämpfe auf wirtschaftlichem, Kämpfe auf politischem Gebiet in einem Umfange und einer Ausdehnung wie kaum je zuvor, und wehe uns, wehe der Arbeiterklasse, wenn dann die einst so starke und mächtige Sozialdemokratie, die Partei, der die Unterdrückten und Beladenen vertrauen, in die sie alle ihre Hoffnung gesetzt und von der sie Erlösung aus Not und Elend geträumt haben, ohnmächtig am Boden liegt. Zur Ohnmacht verdammt nicht durch die Wucht des gegnerischen Anpralls, sondern durch eigene Schuld!

Dieser Gefahr gilt es zu begegnen. Daß die Einberufung eines Parteitages im gegenwärtigen Moment nicht das geeignete Mittel dazu ist, sondern daß dadurch die Gegensätze eher vergrößert werden, das ist klar. Ein Parteitag soll eine Willenskundgebung der Gesamtpartei sein. Das ist aber unmöglich, solange Hunderttausende unserer eifrigsten und tüchtigsten Genossen unter den Fahnen stehen. Könnte ein Parteitag die Ansichten klären, dann würde es wohl keinen Genossen geben, der nicht gebieterisch seine Einberufung verlangen würde. So aber können wir uns davon nichts, auch nicht das geringste, versprechen.

Aber was tun? Die einzige Möglichkeit, zu einigermaßen erträglichen Zuständen zu gelangen, erblicken wir in der Selbstbescheidung, in der Selbstbescheidung jedes Einzelnen. Der Burgfriede in den eigenen Reihen erscheint uns denn doch wichtiger als der Burgfriede gegen die bürgerlichen Parteien und die Regierung. Aber seltsamerweise finden wir gerade von denen, die die Verletzung des Burgfriedens der Regierung gegenüber nicht scharf genug verurteilen können, mehr als einen in den vordersten Linien bei den Kämpfen, die uns in der Partei selbst umtoben. Gewiß hat unser deutsch-österreichisches Zentralorgan recht, wenn es kürzlich schrieb, „daß sich der Unmut über den langen Krieg und der Groll über all das, was er im Gefolge hat, die Unmöglichkeit auch, gegen die aufreizende Heuchelei in der bürgerlichen Presse energisch aufzutreten, daß sich all das gegen die Parteikörperschaften entladet, die starke Gärung diesen Abfluß sich schafft. Der Kampf, der gegen die Herrschenden nicht geführt werden kann, wird gegen die Genossen geführt; die Genossen müssen die Sünden entgelten, die andere verübt haben." Wir sagen, dies Urteil ist richtig, aber es erschöpft noch nur die eine Seite der Frage, es erklärt psychologisch den Kampf der Opposition gegen die Parteiinstanzen. Umgekehrt aber dürfen wir nicht übersehen, daß auch von Anhängern der Mehrheit der Reichstagsfraktion oft nicht weniger heftig gegen die Anhänger der Minderheit gewütet wird, wobei wir es ununtersucht lassen wollen, ob nicht dieser oder jener die Zeit für gekommen hält, das Schiff der Partei in ein gänzlich anderes Fahrwasser zu leiten. Diese Frage soll hier ausscheiden, einmal weil sie mit dem eigentlichen Thema, wie es möglich ist, dem unseligen Parteistreit ein Ende zu machen, nichts zu tun hat, und zweitens, weil wir nicht unsererseits wieder Anlaß zu parteipolemischen Auseinandersetzungen geben möchten.

Schieben wir die Zeit der Aussprache auf, bis nach Beendigung des Kriegszustandes die Möglichkeit zur Abhaltung eines Parteitages gegeben ist, der den wirklichen Ausdruck des Willens der Partei bildet, rüsten wir uns, um, wenn neue Gefahren die Arbeiterklasse bedrohen, ihnen als geschlossene Phalanx gegenübertreten zu können, dann dienen wir am besten der Sache der Arbeiterschaft. Verzehren wir im inneren Hader, dann dienen wir der Sache der Reaktion. Wir glauben, die Wahl, welchen Weg wir zu gehen haben, kann nicht schwer sein.

# Von den Kriegsschauplätzen.

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die italienische Regierung nun einen Grund sucht, um auch Deutschland den Krieg erklären zu können. Jedenfalls drängen die Verbündeten Italiens jetzt mit Nachdruck auf diesen Schritt. Warum handelt es sich? Am 30. April, vor nahezu einem Vierteljahr, hat, wie wir durch das Wolffsche Bureau „von zuständiger Seite" erfahren, die italienische Regierung durch eine das Zahlungsverbot enthaltende Verordnung die kurz vor dem Beginn der Feindseligkeiten zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn abgeschlossene Verständigung über die gegenseitige Sicherheit der Privatrechte gebrochen. Es handelt sich hierbei um eine Verständigung, die am 21. Mai 1915, bei klarer beiderseitiger Kenntnis von dem bevorstehenden Kriegsausbruch, durch den italienischen Botschafter Bollati und und Staatssekretär von Jagow in Berlin unterzeichnet worden ist. Sie sollte, wie der „Berliner Lokal-Anzeiger" darstellt, Eigentum und Rechte der Privaten im Zustande der abgebrochenen diplomatischen Beziehungen, gegebenenfalls auch im Kriegszustande zwischen beiden Parteien nach Möglichkeit schützen. Sie ergab daher für Italien auch die Verpflichtung, sich auf der Pariser Wirtschaftskonferenz der Zustimmung zu irgendwelchen Maßregeln zu enthalten, die mit dem Sinne dieser Verständigung nicht im Einklang standen. Das ist von seiten der italienischen Delegierten nicht geschehen, und auch die italienische Regierung hat bisher nicht zu verstehen gegeben, daß diese Zustimmung wider ihren Willen erfolgt ist. Die italienische Regierung hat im Gegenteil die Beschwerde der deutschen Regierung auf die oben erwähnte Verordnung vom 30. April als gute Gelegenheit benützt, um sich der ihr lästigen Fesseln durch die Erklärung zu entledigen, daß sie sich an die Verständigung nicht mehr als gebunden erachte. Es ist selbstverständlich, daß deutscherseits hieraus die entsprechenden Folgerungen gezogen wurden, indem die Einstellung der Rentenauszahlung an Italiener durch Deutschland erfolgte.

Es bleibt nun abzuwarten, was weiter aus der Angelegenheit herausbraten wird. Wir befürchten, daß Italien so sehr in den Fesseln des Bierverbandes steckt, daß es nicht mehr herauskriechen kann. Und dann wäre die Kriegserklärung an Deutschland die Folge. Wir verweisen auf die an anderer Stelle wiedergegebenen ausführlichen Darlegungen über diesen Fall.

Wiederholt ist von deutscher Seite nachgewiesen worden, daß die Kriegsberichte unserer Gegner recht häufig mit der Wahrheit sehr stark kollidieren. Heute wird nun ein neuer Beweis dafür erbracht, wie geflunkert wird. Amtlich wird darüber durch W.T.B. gemeldet: „Bekanntlich haben unsere Feinde allesamt nicht den Mut, die deutschen Heeresberichte regelmäßig, unverkürzt und unverändert zu veröffentlichen, so wie wir es mit den feindlichen Berichten machen. In Frankreich dürfen unsere Berichte überhaupt nicht gedruckt werden, in England und Rußland unterliegen sie der Zensur, von der sie nach Bedarf verstümmelt oder zurechtgestutzt werden. Ein besonders drastisches Beispiel dieses Verfahrens sei hier einmal festgenagelt. Wir stellen hintereinander den ersten Teil des deutschen Heeresberichtes vom 3. Juli und den Wortlaut, den er in „Russkoje Slowo" vom 6. Juli erhielt: Im amtlichen deutschen Bericht wird gesagt: Die Fortsetzung des englisch-französischen Angriffs beiderseits der Somme erreichte nördlich des Flusses im allgemeinen keine Vorteile. Der Feind erlitt hier außerordentlich starke Verluste. Südlich des Flusses bogen wir nachts die gestern in die Riegelstellung zurückgenommene Division in die zweite Stellung zurück. Die Gefechtstätigkeit ist auf den nicht angegriffenen Armeefronten die gleiche geblieben. — Westlich der Maas führten Versuche der Franzosen, uns die an der Höhe 304 genommenen Grabenstücke wieder zu entreißen, zu kleineren Infanteriekämpfen. — Östlich der Maas erschöpfte sich der Feind weiter in vergeblichen Angriffen gegen das Werk Thiaumont und die Höhe „Kalte Erde". Bei einem derselben drang er vorübergehend in unsere vordersten Gräben, etwa 600 Meter südwestlich des Werkes, ein, wurde aber sofort wieder geworfen. Südöstlich der Feste Vaux ist die „Höhe Batterie von Damloup" seit heute Nacht in unserer Hand. Dort wurden 100 Gefangene und mehrere Maschinengewehre eingebracht. Im „Ruskoje Slowo" veränderte der Bericht sich folgendermaßen: Die Offensive der Verbündeten dauert fort. Der Feind hatte nördlich der Somme Erfolge. Südlich der Somme gingen unsere Divisionen, die in die Riegelstellung zwischen der ersten und zweiten Linie zurückgegangen waren, noch tiefer zurück. Das höllische Feuer der feindlichen Artillerie zwang uns zeitweise neue Stellungen zu beziehen. — Westlich der Maas griffen die Franzosen die Höhe 304 und Kalte Erde an und durchbrachen unsere Stellung in einer Tiefe von 6000 Meter und befestigten sich in ihr. — Man sieht, wie die Russen den Bericht nicht nur gekürzt, sondern zielbewußt gefälscht haben. Alles, was für die deutschen Truppen günstig ist — die Verluste der Feinde, die Wiedergewinnung des Grabenstückes, Eroberung der „Batterie Höhe Damloup" — wird unterschlagen. Das Ungünstige aber wird durch frei erfundene Zusätze verstärkt. Aus einer zurückgenommenen deutschen Division werden mehrere gemacht. Französische Schlappen werden in Erfolge umgedichtet. So verkehren die Russen den wichtigsten Inhalt des Berichts völlig in das Gegenteil. Daß sie dabei die weltbekannt gewordene Höhe „Kalte Erde" auf das linke Maasufer verlegen, ist offenbar eine zarte Höflichkeit für ihre französischen Bundesgenossen. Diese haben ja bekanntlich vor einiger Zeit mit ihrer Behandlung des „Toten Mannes" gezeigt, daß nicht der Glaube, sondern auch der Schwindel Berge versetzen kann. Sie werden sich durch den gelehrigen Eifer ihrer russischen Schüler zweifellos sehr geschmeichelt fühlen. Wir haben keinerlei Grund, über das Verfahren unserer Feinde ärgerlich zu sein, sondern können es im Gegenteil mit um so größerer Genugtuung begrüßen, als es aufs neue alle Welt instand setzt, mit Hilfe öffentlich zugänglicher Belegstücke nachzuprüfen, was von der Kriegsberichterstattung der Entente zu halten ist. — Je nach Geschmack und Geschicklichkeit benutzen die Verbündeten ja zwar verschiedene Mittel, um Tatsachen zu entstellen. Ihr Handeln geht jedoch, gleichviel, ob sie mit französischer List oder mit russischer Plumpheit lügen, doch stets von demselben Beweggrunde aus. Die Angst vor der Wahrheit ist in Ost und West die gleiche."

•

### Die Kriegslage.

**Wien, 17. Juli. (Amtlich).**

**Russischer Kriegsschauplatz.**

**In der Bukowina blieben erneute Vorstöße der Russen gegen unsere Stellungen südlich und südwestlich von Moldawa, wie an den Vortagen ergebnislos. Der Feind erlitt große Verluste.**

**Im Waldgebiet nördlich des Prislop-Sattel, sind auf beiden Seiten Nachrichtenabteilungen und Streifkommandos**

lus Gefecht getreten. Bei Zabie und Tatarow wurden russische Vorstöße zurückgewiesen.

Südwestlich von Burkanow vereitelten unsere Vortruppen den Versuch des Feindes, seine Gräben in unsere Stellungen vorzutreiben. Südwestlich von Luck greifen die Russen mit überlegenen Kräften an. Der Frontteil bei Szklin wich in den Raum östlich von Gorochow aus; durch einen Vorstoß deutscher Bataillone in der Westflanke gedeckt, wurden daraufhin die südlich von Luck kämpfenden Truppen, ohne vom Gegner gefährdet zu werden, hinter die untere Lipa zurückgenommen.

Westlich von Torczyn wurde ein Nachtangriff der Russen abgeschlagen.

**Italienischer Kriegsschauplatz.**

Das feindliche Artilleriefeuer gegen unsere Borcola-Stellungen hält an. Auf dem anschließenden Abschnitt bis zum Assach-Tale ist der Geschützkampf recht lebhaft. An der Dolomiten-Front standen unsere Stellungen nördlich des Pellegrino-Tales und im Marmolata-Gebiet, an der Kärtner Front der Seebach- und Raibler-Abschnitt unter heftigstem Feuer. Italienische Infanterieabteilungen, die im Seebach-Tale vorgingen, wurden zurückgewiesen.

**Südöstlicher Kriegsschauplatz.**

Keine besonderen Ereignisse.

**Ereignisse zur See:**

Ein Geschwader von Seeflugzeugen hat in der Nacht vom 16. auf den 17. Juli die Bahnhofsanlagen und militärischen Objekte von Treviso sehr wirkungsvoll mit 90 schweren und leichten Bomben belegt. Ein Flugzeug wird vermißt.

# Gegen Frankreich und Belgien.

### Französischer Tagesbericht

vom Sonntag nachmittag: Südlich der Somme drangen die Deutschen gestern abend im Schutz des Nebels längs des Kanals vorwärts und machten heftige Angriffe gegen La Maisonnette und das Dorf Biaches, das sie durch Ueberfall nahmen. Ein heftiger französischer Gegenangriff nahm jedoch Biaches und La Maisonnette, sowie das kleine Gehölz im Norden wieder, wo einige Deutsche noch Widerstand leisten. In der Gegend von Chaulnes drang eine deutsche Abteilung in die Schützengräben erster Linie nördlich von Chilly ein. Ein Gegenangriff warf sie kurz darauf wieder zurück. Nördlich der Aisne und in Gegend von Oulches säuberten die Franzosen durch einen gelungenen Handstreich einen gegnerischen Schützengraben. Am rechten Maas-Ufer versuchten starke deutsche Erkundungsabteilungen an die französischen Schützengräben in dem Gehölz zwischen dem Fluß und dem Pfeffer-Rücken heranzukommen: sie wurden durch Infanterie- und Sperrfeuer zurückgetrieben. Im Abschnitt von Fleury verzeichnete die französische Infanterie bemerkenswerte Erfolge westlich und südlich vom Dorf. Die Artillerietätigkeit ist nach wie vor auf beiden Seiten in dieser Gegend, sowie in der Gegend von Chenois und Lauffee sehr stark.

Flugwesen: In der Gegend der Somme waren die französischen Kampfflieger sehr tätig. Vier deutsche Flugzeuge wurden von den unseren über den feindlichen Linien angegriffen und abgeschossen. Zwei andere wurden ernstlich beschädigt und zum Landen gezwungen. In der Gegend von Vertun setzte ein französischer Flieger einen deutschen Fesselballon in Brand. In der Nacht vom 15. zum 16. Juli beschoß ein französisches Fluggeschwader die Bahnhöfe von Hombleux und Roisel, sowie eine schwere Batterie in der Gegend des letztgenannten Bahnhofs. In derselben Nacht warf ein anderes Geschwader zahlreiche Geschosse auf den Bahnhof von Ablecourt und die Haltestellen von Tergnier und Chauny.

Sonntag abend: An der Champagne-Front lebhafte Tätigkeit russischer und französischer Patrouillen. Am linken Maas-Ufer ziemlich lebhafte Beschießung in Gegend von Chattancourt. Oestlich von der Höhe 304 nahmen wir einige feindliche Grabenstücke. Am rechten Ufer vervollständigten unsere Truppen ihre Fortschritte westlich von Fleury und machten Gefangene. Der Artilleriekampf dauert in dieser Gegend mit gewisser Heftigkeit an. Sonst verlief der Tag an der Front ziemlich ruhig.

Flugwesen: Am Morgen des 16. Juli wurden zwei feindliche Flugzeuge in der Gegend der Somme abgeschossen; eines davon von Leutnant Guynemer, der damit sein zehntes feindliches Flugzeug zur Strecke gebracht hat. Am 15. Juli schoß Sergeant Rochefort sein fünftes feindliches Flugzeug ab.

Belgischer Bericht: An verschiedenen Stellen der belgischen Front entwickelten sich Artilleriekämpfe, die zu unserem Vorteil verliefen. Die Beschießung der schweren belgischen Geschütze war besonders wirksam gegen die Verteidigungseinrichtungen des Feindes bei Steenstraete, die zerstört wurden.

# Gegen Rußland.

### Russischer Generalstabsbericht

vom 16. Juli nachmittags: Westfront: Am rechten Flügel unserer Stellungen bei Riga machten unsere Truppen mit Unterstützung der Artillerie zu Lande und zur See einige Fortschritte in der Gegend westlich von Kemmern. An der übrigen Front fanden einige Zusammenstöße statt, die die allgemeine Lage nicht änderten. — Schwarzes Meer: Im Laufe der letzten Kreuzfahrt versenkte eines unserer Torpedoboote 25 Segelschiffe. — Kaukasus: In der Nacht zum 16. Juli eroberten die tapferen Truppen unserer Kaukasus-Armee die Stadt Baiburt, einen wichtigen Punkt des Völkerverkehrs. Der Schauplatz des Krieges rückt weiter in Armenien vor. In mehreren Abschnitten gingen die Türken in großer Eile zurück und zerstörten ihre Depots. Im Taurus und im Becken des oberen Tschoruch machten unsere Truppen von neuem beträchtliche Fortschritte, indem sie die den Türken nach Kampf genommenen Stellungen weiter ausdehnten. Mit einem Worte, unsere heldenhafte kaukasische Armee war siegreich und kämpfte mit dem ihr eigenen Mut und Tapferkeit im Laufe der letzten Tage eine Reihe von Kämpfen bei Baiburt, Mamachatun und Rarich (Kuruk?).

Abendbericht. Westfront: In Wolhynien und südlich vom Flecken Swiniuchy griffen starke feindliche Kräfte an mehreren Stellen an. Sie wurden durch energische Gegenangriffe unserer Truppen zurückgeworfen, die ihre Erfolge weiter ausdehnten. In einigen Abschnitten bei Ograno und Chosin (7 Kilom. nordöstlich von Ograno) warfen wir nach außerordentlich erbittertem Widerstand den Feind zurück, der seine Unterstützungstruppen zwecks Verteidigung vorführte, danach aber floh. Nach eingegangenen Meldungen eroberte eines unserer Regimenter eine schwere und eine leichte Batterie, außerdem nahmen wir noch einige einzeln eingebaute Geschütze. Die Gesamtzahl der in diesem Gefecht gemachten Gefangenen steht noch nicht genau fest. Bis jetzt sind etwa 2000 zu verzeichnen.

# Gegen England.

### Englands Aushungerungsplan im Unterhause.

Der Unionist Hunt fragte, ob Greys Aufmerksamkeit auf den Schmuggel von Fett und anderer Konterbande von Holland nach Deutschland durch die zu diesem Zwecke organisierte Gesellschaft gelenkt sei und ob bei der holländischen Regierung Vorstellungen erhoben seien, um die Fortsetzung des Schmuggels zu verhindern. Lord Robert Cecil antwortete, die englische Regierung wisse, daß trotz der strengen Maßnahmen, die die holländische Regierung ergriff, noch immer einiger Schmuggel aus den Niederlanden nach Deutschland existiere. Die niederländischen Behörden seien eifrig am Werke, das zu verhindern.

•

### Englische Denkschrift zur Aufhebung der Londoner Deklaration.

Bei der Uebersendung der neuen Order in Council über die Seekriegführung an die Vertreter der neutralen Staaten in London fügte Staatssekretär Grey die folgende Denkschrift bei, in der die Gründe für die neue Order dargelegt sind: Bei Beginn des Krieges glaubten die alliierten Regierungen in ihrem Bemühen, ihr Verhalten nach den Grundsätzen des Völkerrechts einzurichten, daß sie in der Londoner Deklaration eine geeignete Zusammenfassung der Grundsätze und Bestimmungen finden würden. Sie einigten sich auf den Beschluß, die Vorschriften der Deklaration anzunehmen, nicht, weil sie an und für sich für sie gesetzliche Kraft besäßen, sondern weil sie in ihren Hauptlinien eine Festsetzung der Rechte und Pflichten der Kriegführenden darzustellen schien, die auf die Erfahrungen der Seekriege gegründet war. Da der gegenwärtige Kampf einen Umfang und Charakter über alle früheren Begriffe hinaus annahm, wurde es klar, daß der zur Friedenszeit in London gemachte Versuch, nicht nur die Grundsätze des Völkerrechts, sondern selbst die Formen festzusetzen, unter denen sie angewendet werden sollten, nicht ein völlig befriedigendes Ergebnis gehabt hat. Es ist eine Tatsache, daß diese Bestimmungen, während sie nicht in jeder Hinsicht eine Besserung der den Neutralen gewährten Sicherheit bedeuten, den Kriegführenden bei der Ausübung der ihnen zugestandenen Rechte nicht die wirksamsten Mittel zubilligen. Im Fortgang der Ereignisse brachten die deutschen Mächte alle ihre geistigen Fähigkeiten in Anwendung, um den Druck, der sie einschnürte, zu lockern und einen Kanal für die Zuführung des Benötigten wieder zu öffnen. Ihre Anschläge kompromittieren den unschuldigen neutralen Handel und brachten ihn in den Verdacht, eine feindliche Agentur zu sein. Ueberdies schufen die mannigfaltigen Entwicklungen der Wissenschaft des See- und Militärwesens, die Erfindung neuer Kriegsmaschinen und die von den deutschen Mächten erfolgte Zusammenfassung ihrer Hilfsmittel in ihrer ganzen Ausdehnung zu militärischen Zwecken Verhältnisse, die ganz und gar verschieden waren von denen, die in den früheren Seekriegen obwalteten. Die in der Londoner Deklaration niedergelegten Bestimmungen konnten die Belastungsprobe nicht aushalten, die die äußerst schnell sich ändernden Verhältnisse und Richtungen mit sich brachten, die nicht vorhergesehen werden konnten. Die alliierten Regierungen waren gezwungen, der so geschaffenen Lage Rechnung zu tragen und die Bestimmungen der Deklaration von Zeit zu Zeit diesen sich ändernden Verhältnissen anzupassen und mit ihnen in Einklang zu bringen. Diese nach und nach eingetretenen Veränderungen mögen vielleicht die Absicht der Alliierten der Mißdeutung ausgesetzt haben. Aus diesem Grunde sind sie zu dem Entschluß gekommen, daß sie sich darauf beschränken müssen, einfach die historischen und zugelassenen Regeln des Völkerrechts in Anwendung zu bringen. Die Alliierten erklären feierlich und vorbehaltlos, daß die Tätigkeit ihrer Kriegsschiffe, sowie die Rechtsprechung ihrer Prisengerichte auch in Zukunft mit diesen Grundsätzen in Einklang stehen werden, daß sie treu ihre Verpflichtungen erfüllen und im besonderen die Bestimmungen aller internationalen Vereinbarungen bezüglich der Kriegsgesetze beobachten werden, und daß sie, eingedenk der Gesetze der Humanität, jeden Gedanken, das Leben von Nichtkämpfern zu bedrohen, aufs äußerste von sich weisen. Ferner daß sie nicht ohne Grund neutrales Eigentum belästigen werden, und daß, falls sie durch eine Handlung ihrer Flotten den Interessen eines im guten Glauben handelnden Kaufmanns Schaden zufügen sollten, sie immer bereit sein werden, seine Ansprüche in Erwägung zu ziehen und ihm eine der Billigkeit entsprechende Entschädigung zu gewähren.

# Gegen Italien.

### Italienischer Heeresbericht

vom 17. Juli: In der Gegend des oberen Posina versuchte der Gegner gestern, das Fortschreiten unseres Vormarsches zum Stillstand zu bringen. Nach einer nachdrücklichen Feuerkonzentration zahlreicher Batterien vom Col Santo bis Toraro warf der Feind große Kräfte zum Angriff vor. Die Unseren gingen, ohne den Stoß abzuwarten, zum Gegenangriff vor. Nach erbittertem Handgemenge wurde der Feind auf der ganzen Front zurückgeschlagen, ebenso im kleinen Tovotale (Posinabach) wurde ein Versuch, unsere Stellungen nordwestlich des Monte Seluggio zu umgehen, durch unser gutgezieltes Feuer vereitelt. Die feindliche Artillerie schoß noch einige Granaten auf Cortina d'Ampezzo. Unsere antwortete und beschoß die gewohnten Ziele im Drautale und im Hochbut. Am Eingange zum Kanaltale und am Isonzo zeitweise unterbrochene Artilleriekämpfe. Am 15. Juli bombardierten unsere Flugzeuge das feindliche Lager in der Gegend von Bolgria. Gestern entwickelte der Feind eine große Tätigkeit in der Luft; man meldet das Bombardement verschiedener Ortschaften im Gamonicatale und Etschtale. Keine Opfer, kein Sachschaden. Feindliche Flugzeuge, die nach Sorgano, Persecio und Padua zu fliegen versuchten, wurden durch das Feuer unserer Batterien verjagt. In der vergangenen Nacht bombardierten fünf Wasserflugzeuge Treviso. Eine Person wurde getötet, mehrere Personen leicht verletzt. Ein feindliches Wasserflugzeug wurde durch unser Feuer abgeschossen, beide Flieger fanden dabei den Tod.

•

## Auf der Suche nach einem Kriegsgrund gegen Deutschland.

Der Ministerrat beschloß, sich dem Programm der Pariser Konferenz völlig anzuschließen und das militärische Bündnis mit den Ententemächten durch ein wirtschaftlich-finanzielles Bündnis zu ergänzen. Eine solche Notwendigkeit, schreibt der „Corriere della Sera", schien dem Ministerrate um so dringender, als die Hartnäckigkeit und fortgesetzte Hegemonie- und Eroberungssucht Deutschlands den Friedensschluß bis nach einem vollständigen Sieg der Entente unmöglich machen. Darum sei auch die Fortdauer enger, wirtschaftlicher und finanzieller Einigkeit der Ententemächte nötig. Boselli habe dies durchaus eingesehen und durch das soeben amtlich bestätigte Londoner Abkommen und durch einen besonderen englisch-italienischen Finanzvertrag besiegelt. Sonnino gab darauf dem Ministerrate einen klaren erschöpfenden Bericht über die „feindseligen Akte" Deutschlands, das alle Schuld trage. Alsdann beriet der Ministerrat über die zu ergreifenden Repressalien gegen Deutschland. Darüber werde in Kürze eine offizielle Mitteilung erfolgen.

Als Haupttreiber für den Krieg mit Deutschland wird der sozialistische Minister Bisolati bezeichnet.

Der Chefredakteur des „Secolo" schreibt aus London, daß sich die Engländer bei jeder Gelegenheit darüber beklagen, daß Italien sich noch immer nicht entschließen könne, an Deutschland den Krieg zu erklären. Ehe dies nicht geschehen, könnten zwischen den Verbündeten und Italien keine wirklich herzlichen und engen Beziehungen eintreten. Diese „Minderwertigkeit" gegenüber den Franzosen, Russen, Belgiern und Serben werde Italien dereinst auch bei den Friedensverhandlungen schaden. Denn die Verbündeten hegten notgedrungen Mißtrauen und Verdacht gegen Italien. Die öffentliche Meinung in England, Frankreich und Rußland erwarte also dringend, daß Italien sich endlich der Entente formell angliedere. Das italienische Kabinett möge diese Mahnung beachten.

„Agenzia Stefani" verbreitet folgende Meldungen: „Die Vereinigung Berliner Banken und Bankiers hat an alle deutschen Banken ein Rundschreiben gerichtet, in dem diese ersucht werden, einem vom Auswärtigen Amte geäußerten Wunsche zufolge Italiener wie Angehörige feindlicher Staaten zu behandeln. Diese Maßnahme käme einem Verbot gleich, den noch in Deutschland weilenden italienischen Staatsangehörigen ihre Guthaben auszuzahlen. — Das deutsche Auswärtige Amt hat der italienischen Regierung amtlich mitgeteilt, daß es die den italienischen Staatsangehörigen zukommenden Arbeiterpensionszahlungen eingestellt habe."

Das offiziöse „Giornale d'Italia" meldet aus Paris, Generalgouverneur von Bissing habe eine Verordnung erlassen, durch die einberufenen oder tauglichen Italienern die Ausreise aus Belgien verboten werde und sie wie die militärtauglichen Belgier überwacht werden sollen. Diese Nachricht sowie die bereits veröffentlichten Meldungen der „Agenzia Stefani", meint „Giornale d'Italia", bedeuten deutsche gegen Italien feindliche und ungerechte Handlungen, die eine anscheinend vorsätzliche Absicht aufdecken. Das Ausreiseverbot italienischer Tauglicher stelle eine offene Verletzung aller Gesetze des öffentlichen sowie jeder Norm des internationalen Rechts dar. Die Anordnung bilde also einen unerklärlichen feindseligen Akt, da es sich um zwei nicht miteinander im Krieg befindliche Staaten handle. Ernster noch sei die von „Stefani" verbreitete, folglich amtlicht Nachricht über Zahlungseinstellungen an Italiener.

Demgegenüber wird dem WTB. von zuständiger Stelle mitgeteilt: Die Meldungen der „Agenzia Stefani" sind unrichtig, da weder in Deutschland noch in Belgien amtliche Anordnungen zum Nachteil der italienischen Privatrechte ergangen sind. Wenn deutsche Banken italienische Guthaben bis auf weiteres nicht mehr auszahlen, so erwidern sie damit nur die Haltung, die sämtliche italienischen Banken seit einem Jahr gegenüber deutschen Kunden einnehmen. Wenn ferner deutsche Berufsgenossenschaften Rentenzahlungen an Italiener zurückhalten, so handeln sie gleichfalls lediglich nach dem Vorbild italienischer Amtsstellen, die seit langem Zahlungen an Deutsche abzulehnen pflegen und sich insbesondere geweigert haben, für die unter Bruch des deutsch-italienischen Handelsvertrages requirierten deutschen Schiffe irgendwelche Zahlungen zu leisten. Eine vollkommene Verdrehung der Tatsachen ist es, wenn das offiziöse Blatt behauptet, Italien habe sich an die bekannte, für den Fall eines Krieges mit Deutschland getroffene Verständigung über die gegenseitige Sicherstellung der Privatrechte gehalten. Tatsächlich hat die Italienische Regierung die Verständigung trotz fortwährender Vorstellungen von deutscher Seite zunächst durch Weisungen an die Postzensur und ähnliche Maßnahmen zu umgehen gewußt und schließlich durch die ein Zahlungsverbot enthaltende Verordnung vom 30. April 1916 offen gebrochen; auf die deshalb erhobene Beschwerde der deutschen Regierung hat sie erwidert, daß sie sich an die erwähnte Verständigung nicht weiter für gebunden halte. Bei dieser Sachlage entfiel für die deutsche Regierung jeder Anlaß, die von Banken und Berufsgenossenschaften schon lange als geboten erachteten Gegenmaßnahmen, die sich übrigens als reine Privatrechte darstellen, noch ferner zu verhindern. Ebensowenig kann nach dem Wegfall der Verständigung etwas dagegen eingewandt werden, daß Italienern aus militärischen Gründen die Erlaubnis zur Abreise zeitweilig versagt wird.

Der italienischen Presse zufolge erörterte der gestrige Ministerrat die Beziehungen Deutschlands zu Italien. Der „Corriere della Sera" schreibt: Sonnino gab seinen Kollegen eine klare und erschöpfende Darstellung über die jüngsten feindseligen Handlungen der Berliner Regierung und zeigte dabei deutlich, daß der Anstoß dazu ausschließlich von Deutschland ausgehe. Boselli habe die Ausführungen Sonninos bestätigt. Dem Ministerrat wurde der Vorschlag unterbreitet, die von Deutschland eingestellten fälligen Zahlungen durch eine Maßnahme der italienischen Regierung zu regeln. Ferner soll der Ministerrat über die gegenüber Deutschland anzuwendenden Vergeltungsmaßnahmen beraten haben.

Der „Messagero" schreibt: Die italienische Regierung wünsche, daß das Land auch für den Fall der Kriegserklärung Deutschlands an Italien seinen Gleichmut und sein Vertrauen bewahre. In der Kriegslage würde damit für Italien keine Aenderung eintreten. Durch die Kriegserklärung könne der tatsächlich bestehende Zustand von Feindseligkeiten zwischen Berlin und Rom nicht verschärft werden.

„Popolo Italia" erklärt versichern zu können, daß die äußere Politik Italiens gegenüber Deutschland in eine neue Phase getreten sei. Italien, das nunmehr die Hände frei habe, müsse die deutsche Herausforderung zunächst mit der Konfiskation deutschen Eigentums in Italien und mit der Internierung der noch in Italien gebliebenen Deutschen beantworten. Italiens Losung laute „Auge um Auge, Zahn um Zahn". Die direkteste Lösung wäre freilich die Kriegserklärung. — Eine weitere Korrespondenz aus Rom deutet an, daß Neuerungen in der auswärtigen Politik Italiens bevorständen; dies sei die Antwort auf die Glückwunschtelegramme des Kaisers und der deutschen Regierung gelegentlich der österreichischen Offensive.

**Zu all diesen kriegshetzerischen Nachrichten, die die Presse füllen, wollen wir noch eine warnende Stimme des „Avanti" anfügen. Das sozialistische Blatt schreibt: Wir verhehlen uns nicht die Schwere dieser Nachricht, welche das Vorspiel zu einem neuen größeren Kriege sein kann. Wir**

machen heute schon die Parteileitung darauf aufmerksam, nicht weil wir glauben, den verhängnisvollen Lauf der Dinge ändern zu können, sondern um auf das nahende Unglück aufmerksam zu machen und jede Verantwortlichkeit abzulehnen. Wir wissen nicht, ob unsere Regierung Gegenmaßregeln ergreifen wird und welche Folgen diese gegenseitigen Herausforderungen haben werden. Jedenfalls halten wir es für nötig, nochmals klipp und klar zu erklären, daß die italienische sozialdemokratische Partei weder einem kleinen noch großem Kriege beistimmen wird.

* * *

**England verpflichtet sich ....**

Das englische Auswärtige Amt ermächtigte den Londoner Korrespondenten des „Corriere della Sera“, seinem Blatt mitzuteilen, daß England sich verpflichte, den italienischen Kohlenbedarf zu decken.

## Der Seekrieg.

**Minenopfer.**

Der Dampfer „Cara“, der einer neuen französisch-englischen Schiffahrtsgesellschaft gehört, ist im nördlichen Eismeer auf eine Mine gelaufen und gesunken.

## Die Kämpfe im Orient.

**Amtlicher türkischer Bericht**

vom 17. Juli: An den Fronten am Irak und in Persien keine Veränderung. An der Kaukasus-Front eröffneten unsere vorgeschobenen Truppen an einigen Abschnitten nächst dem Zentrum Kämpfe, die für uns glücklich verliefen. Im Zentrum nahm die Schlacht die Form zeitweilig aussetzenden Artilleriegefechtes an. Oertliche Kämpfe dauern hier und da fort. Nördlich vom Tschoruk wurden auf dem linken Flügel alle in dichten Massen unternommenen feindlichen Angriffe zum Scheitern gebracht. Die Russen erlitten beträchtliche Verluste. Ein feindliches Bataillon wurde bei einem dieser Gegenangriffe umzingelt und vollständig vernichtet. Sonst ist nichts zu melden.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

**Wieder eine Neutralitätsverletzung durch feindliche Unterseeboote.**

Nach einer Mitteilung, die an die Zeitung in Skelleftea gelangte, torpedierte am Sonntag abend ein russisches oder englisches Unterseeboot vor Bjuroeklubs, innerhalb der schwedischen Seegrenzen, den südwärts gehenden deutschen Dampfer „Cyria“. Der Dampfer sank nach wenigen Minuten. Die Besatzung wurde gerettet und an Bord des schwedischen Torpedobootes „Capella“ gebacht, das sich in nächster Nähe befand. Die Besatzung, insgesamt 28 Mann, ist im Hafen von Skeleftea gelandet. Die „Cyria“ sank auf 21 Meter Wassertiefe; Schornstein und Masten sind noch sichtbar. Weder von der „Capella“ noch von der „Cyria“ aus war ein Unterseeboot sichtbar. — Nach weiteren Meldungen scheint die Torpedierung an demselben Ort stattgefunden zu haben, wo die Dampfer „Lissabon“ und „Worms“ weggenommen sind — also auf schwedischem Seegebiet.

*

**Japanische Ministerkrisis.**

Amtlichen russischen Meldungen aus Tokio zufolge soll Ministerpräsident Graf Okuma sein Abschiedsgesuch eingereicht haben. Es heißt, sein Rücktritt stehe in Verbindung mit einer in politischen Kreisen herrschenden Mißstimmung gegen das russisch-japanische Abkommen, das angeblich Japan in der Ausführung seiner Politik in Ostasien zugunsten Rußlands die Hände binde.

## Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 18. Juli.

### Vermächtnis.

Alle lieben Brüder, die schon gefallen sind,
sprechen aus Stein und Scholle, reden aus Wolke und Wind.
Ihre Stimmen erfüllen mit Macht den Raum,
ihre letzten Gedanken weben in jedem Traum.
Wieder die Stimme, gehalten und priesterlich:
„Bruder im Leben, lebendiger Bruder, hörst du mich?
Schreibe: Wenn in der würgenden Schlacht ein Bruder fällt,
geht nur sein Leib verloren, bleibt doch sein Werk in der Welt.
Daß kein wirkender Wille von seinem Werke läßt,
macht den Sinn des Lebens hiebsicher und kugelfest.
Brandgewölke, verzieh'! Zerteil' dich, Pulverdampf!
Stärker als alle Kämpfer und ewig ist der Kampf.
Schreibe: Jeder gefallene Bruder wirbt
neue Hände, auf daß sein verfallenes Werk nicht stirbt.
Darum so ist der toten Brüder letztes Gebot:
Haltet das Werk am Leben, dann ist kein Geopferter tot..!“
Nacht um Nacht sich in meine Seele brennt
tief der toten Brüder Wille und Testament.
Wieder hör' ich die Stimme voll dunkler Kraft:
„Klagt nicht ... schafft!“

Karl Bröger.

### Die Bürgerschaft

hatte gestern einen großen Tag, was äußerlich schon dadurch in die Erscheinung trat, daß die Tribünen außerordentlich stark besetzt waren. Den Anlaß hierzu gab zweifellos der Umstand, daß die Ernährungsfrage — die wohl mit Recht als eine der wichtigsten Fragen bezeichnet werden muß — auf der Tagesordnung stand. Unsere maßgebenden Herren aber können hieraus ersehen, wie sehr die Bevölkerung von der Bürgerschaft und dem Senat erwartet, daß sie bezüglich der Lebensmittelversorgung alles daran setzen, um dem Volke das so viel zitierte „Durchhalten“ zu ermöglichen.

Eingeleitet wurden die Verhandlungen mit der Mitteilung des ständigen Senatskommissars, daß der Senat dem Beschlusse der Bürgerschaft, bei Verwendung der besonderen Kriegsausgaben die Zustimmung des Bürgerausschusses einzuholen, beigetreten ist. Das entspricht einem auch von uns vertretenen durchaus berechtigten Wunsche.

Gelegentlich der Beratung über die Herstellung eines Uferweges am [illegible] Genosse Ehlers mit Nachdruck und

## Der amtliche Kriegsbericht.

**WTB. Großes Hauptquartier, 18. Juli. (Amtlich.)**

**Westlicher Kriegsschauplatz.**

**Auf dem Nordteil der Front wurden an zahlreichen Stellen feindliche Patrouillen vor unsern Hindernissen abgewiesen. Eine unserer Patrouillen nahm im englischen Graben östlich von Vermelles 1 Offizier, 4 Unteroffiziere und 11 Mann gefangen.**

**Zu beiden Seiten der Somme benutzten unsere Gegner den Tag zur Feuervorbereitung. Starke Angriffe, die sie abends und nachts gegen Pozieres und die Stellungen östlich davon, gegen Biaches, Maisonnette, Barleux und gegen Soyecourt richteten, wurden überall unter großer Einbuße des Feindes zum Scheitern gebracht.**

**Im Maasgebiet zeitweise lebhaftes Feuer und kleinere Handgranatenkämpfe.**

**Oestlicher Kriegsschauplatz.**

**Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.**

**Die Russen setzten südlich und südöstlich von Riga ihre starken Angriffe fort, die vor unsern Stellungen blutig zusammenbrachen oder da, wo sie bis in unsere Gräben gelangten, durch Gegenstoß wieder zurückgeworfen wurden.**

**Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.**

**Keine besonderen Ereignisse.**

**Heeresgruppe des Generals von Linsingen**

**Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Russische Angriffe sind westlich und südwestlich von Luck glatt abgewiesen.**

**Heeresgruppe des Generals Grafen v. Bothmer.**

**Abgesehen von kleinen Vorfeldkämpfen keine Ereignisse.**

**Balkan-Kriegsschauplatz.**

**Nichts Neues.**

**Oberste Heeresleitung.**

Wärme die Interessen jener kleinen Leute, die auf diesem und anderem, jetzt für Bebauungszwecke vorgesehenen Gelände mit Mühe und Not dem kümmerlichen Boden noch einige Erträgnisse abzugewinnen versuchten und denen jetzt durch bauliche Maßnahmen die Aberntung unmöglich gemacht werden soll. Mit Recht hob unser Genosse hervor, daß man in der gegenwärtigen schweren Zeit auch die kleinste Beihilfe zur Volksernährung willkommen heißen und deshalb die Bauten bis zur Aberntung hinausschieben müsse. Leider fand unser Redner zwar manche platonische, aber keine praktische Gegenliebe. Man erklärte, daß auf diesem hier in Frage stehenden Gelände jetzt gebaut werden müsse. So wurde denn ein von ihm gestellter und mit einer Verlegung des geplanten Gleises begründeter Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt und der Senatsantrag mit der Maßgabe angenommen, daß den kleinen Gartenbesitzern eine volle Entschädigung für die aufgewandte Mühe und Arbeit zuteil werden soll.

Bei Beratung der Senatsvorlage auf Errichtung einer Badeanstalt bei Moisling gab Genosse Ehlers seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß einem langjährigen Wunsche der Moislinger nunmehr entsprochen werden solle. Von ihm vorgebrachte praktische Vorschläge sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Um die Sache zu beschleunigen, lehnte die Bürgerschaft trotz mancher Bedenken einen Antrag auf Kommissionsberatung ab.

Im weiteren Verlaufe der Beratung rügte Genosse Hoff, daß von seiten eines leitenden Ingenieurs der Gasanstalt den Gesuchstellern um Ueberlassung von Münzgasmessern nicht immer mit dem nötigen Verständnis entgegengekommen werde. Man versuche ihnen Gasuhren aufzudrängen, die im Haushalt der kleinen Leute weniger praktisch seien.

Eine Bundesratsverordnung vom 26. August 1914 bestimmt, daß alle versicherungspflichtigen Personen, die unter die Angestelltenversicherung fallen, keine Beiträge mehr zahlen sollen, wenn sie zum Kriegsdienst eingezogen werden, ob sie nun ihr Gehalt weiter beziehen oder nicht. In einem der Bürgerschaft vorgelegten Gesetz wollte der Senat die Vergünstigung nur solchen lübeckischen Staatsangestellten zuteil werden lassen, denen von ihrem Gehalt nichts oder nur ein Teil weitergewährt wird, lehnte sie aber für alle diejenigen verheirateten Angestellten ab, die ihr volles Gehalt, wenn auch unter Anrechnung der Kriegsunterstützung, weitererhalten. Die Bürgerschaft hat dieses Gesetz durch eine Kommission prüfen lassen, welche zu dem Ergebnis kam, daß Lübeck und Hamburg in der Versorgung ihrer mit der Waffe eingezogenen Angestellten erheblich weiter gegangen sind, als alle anderen Bundesstaaten. Während Preußen und das Reich im Höchstfalle für Frau und Kinder nur 66⅔ Prozent des zuletzt bezogenen Gehalts des Mannes gewähren, zahle Lübeck das volle Gehalt. Wenn der Staat daraus aber folgere, daß die von dem zum Kriegsdienst eingezogenen Angestellten zurückgelassene Familie nicht finanziell günstiger als im Frieden gestellt werden solle, so folgt die Kommission dem nicht. Einmal hätten die ganzen Lebensmittelverhältnisse durch die gewaltige Preissteigerung der zum Unterhalt notwendigen Lebensmittel eine starke und tiefeinschneidende Aenderung erfahren, zum anderen habe der Staat den minder besoldeten Angestellten Teuerungszulagen bewilligt, die den Familien der im Felde Stehenden aber nicht bewilligt werden. Da die finanziellen Folgen nicht von ausschlaggebender Bedeutung sind, beantragt die Kommission, das Gesetz in folgender Fassung anzunehmen: „Den zum Kriegsdienste einberufenen Staatsangestellten, die dem Versicherungsgesetz für Angestellte unterliegen, werden auch ohne Entrichtung von Beiträgen die vollen Kalendermonate derjenigen Zeiten als Wartezeiten und Beitragszeiten angerechnet, in welchen sie im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche oder der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste geleistet haben. Die Bestimmung hat rückwirkende Kraft vom 1. August 1914 an.“

Zu diesem Kommissionsbericht ergriff der Vorsitzende der Kommission, Genosse Hoff das Wort, die Gründe der Kommission noch eingehender auseinandersetzend. Der Senatskommissar, der sich gegen den Bericht wandte, vermochte aber nicht die Bürgerschaft von der Richtigkeit seiner Ansicht zu überzeugen, so daß der Antrag der Kommission mit großer Mehrheit Annahme fand.

Der Antrag Reimpell auf Herabsetzung der Höchstpreise für notwendige Nahrungsmittel gab wieder einmal Gelegenheit, in unserer Körperschaft die unhaltbaren Zustände ausführlicher zu behandeln. Genosse Stelling führte in großzügiger Rede die vielen Schattenseiten an, die unserer ganzen Lebensmittelpolitik seit Kriegsbeginn anhaften und fand hierbei die ungeteilte Aufmerksamkeit des Hauses. Von dem Grundsatz ausgehend, daß in einer solchen abgeschlossenen Lage, in der sich Deutschland befinde, jede einzelstaatliche Absperrungspolitik und kommunale Selbstversorgung Schiffbruch leiden müsse, geißelte unser Redner den Werdegang all der getroffenen Maßnahmen. Insbesondere übte er scharfe Kritik an der unersättlichen agrarischen Selbstsuchtwirtschaft. Das neue Kriegsernährungsamt betrete mit seiner neuesten Kartoffelpreisfestsetzung aufs neue den goldbestreuten Weg der deutschen Agrarwirtschaft, der allein durch die erhöhten Kartoffelpreise mit einer halben Milliarde gepflastert werde, die aus den Taschen der Konsumenten gepreßt würde. Und so gehe es mit allen Artikeln in alle Unendlichkeit weiter, ohne daß die Nimmersatten jemals genug bekämen. Mit diesem System müsse endlich gebrochen werden. Mit einer Reihe treffender Beispiele und Aussprüche von Sachkennern wurden diese Ausführungen von unserem Redner belegt, der mit Recht auf die Tatsache hinweisen konnte, daß vieles, wenn nicht das meiste Unliebsame hätte vermieden werden können, wenn man den Vorschlägen gefolgt wäre, die die Sozialdemokratische Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften zu Beginn des Krieges gemacht haben. Die besonders für Lübeck erforderlichen Maßnahmen unterstrich Stelling noch besonders und legte den Extrakt seiner Forderungen in einem Antrag nieder, der nahezu einstimmig angenommen wurde. Unser Genosse fand bei einzelnen Rednern, so von Herrn Klein und Dr. Hartwig in den meisten Punkten Unterstützung, und auch vom Senatstische konnte und wurde nichts Stichhaltiges dagegen angeführt. Man sieht schon jetzt allmählich ein, daß der Karren gründlich verfahren ist. Nur die agrarische Seite, die Herr Henk unter Assistenz des Herrn Schetelig vertrat, versuchte einige Abschwächungen, die aber völlig danebenhieben. Interessant war das Zugeständnis Henks, daß wir ohne Getreidebeschlagnahme für den Doppelzentner unserer wichtigsten Brotfrucht jetzt den vierfachen Preis bezahlen müßten. Wir verweisen unsere Leser auf den ausführlichen Bericht in der Beilage. Wir hegen jetzt die Hoffnung, daß endlich fester zugegriffen wird, wenn wir auch weit davon entfernt sind zu glauben, daß der Himmel alle Gestirne erleuchtet. Kurz vor 11 Uhr war die interessante Bürgerschaftssitzung zu Ende.

**Die Leiterin der Freeseichen Schule am Falkenplatz,** Frl. Freese, ist im Alter von 49 Jahren gestorben.

**Die kommende Reichsfettkarte.** Die Reichsbutterkarte, die seit geraumer Zeit angekündigt und erwartet wird, wird vermutlich nicht allein kommen. Gutem Vernehmen nach steht die gleichzeitige Rationierung von Butter nicht nur, sondern auch von Speisefett, Margarine und Speiseöl zu erwarten. Statt der Reichsbutterkarte wird es also vermutlich eine Reichsfettkarte geben. Das würde weiter auch die gemeinsame Bewirtschaftung aller Speisefette einschließlich der Butter erfordern. Die Folge wird voraussichtlich sein, daß wir neben und nach dem Muster der Reichsgetreidestelle, der Reichsfleischstelle, der Reichskartoffelstelle und Reichsfuttermittelstelle nun noch eine Reichsfettstelle bekommen. Vorarbeiten für die Einrichtung sollen, wie das „B. T.“ erfährt, schon weit gediehen sein.

**Eine Eierverordnung.** Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht eine Bekanntmachung über den Verbrauch von Eiern. Danach dürfen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften, in Vereins- und Erfrischungsräumen, in Konditoreien und ähnlichen Betrieben Eier, roh oder gekocht, und Eierspeisen nur zum Mittagstisch und zum Abendtisch verabreicht und entgegengenommen werden. Die Kommunalverbände haben die Stunden festzusetzen, innerhalb denen hiernach Eier und Eierspeisen verabfolgt werden dürfen. Die Landeszentralbehörden können für den Einzelfall Ausnahmen gestatten. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft.

**Auskunft über Vermißte.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Es ist häufig die Erfahrung gemacht worden, daß Personen, veranlaßt durch Pressenachrichten, sich an eine in Madrid befindliche Stelle gewandt haben, um Nachrichten über Vermißte zu erhalten. Im allgemeinen werden aber deutsche Familien leichter zu ihrem Ziele gelangen, wenn sie nicht an Madrid, sondern an die für derartige Anfragen zuständigen deutschen Stellen herantreten. In dieser Beziehung wird indes bemerkt, daß die Anfragen nicht an das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz zu richten sind, daß für die Ermittlungen von deutschen Vermißten nach den jetzigen Vereinbarungen nicht zuständig ist. Vielmehr ist den Angehörigen zu raten, daß sie sich an den für ihren Bezirk zuständigen Landes- und Provinzialverein oder die nächste „Hilfe für kriegsgefangene Deutsche“, wie solche in zahlreichen Städten bestehen, wenden. Soweit derartige Einrichtungen nicht vorhanden oder nicht bekannt sind, erteilt für Norddeutschland der Hamburgische Landesverein vom Roten Kreuz, Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene, Hamburg, Ferdinandstraße 75, und für Süddeutschland der Verein vom Roten Kreuz, Ausschuß für deutsche Kriegsgefangene, Frankfurt a. M., Zeil 114, die gewünschte Auskunft.

**Beschlagnahme der Schafschur und des Wollgefälles.** Am 18. Juli 1915 ist eine neue Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien erschienen, die an Stelle der früheren Bekanntmachung W. I. 3808/8. 15 KRA. tritt. Durch diese neue Bekanntmachung wird ebenfalls der gesamte Wollertrag der deutschen Schafschur und das gesamte Wollgefälle bei den deutschen Gerbereien (auch das Wollgefälle von ausländischen Fellen), gleichviel ob die Wolle sich auf den Schafen, bei den Schafhaltern oder an sonstigen Stellen befinden, beschlagnahmt. Trotz der Beschlagnahme bleibt jedoch das Scheren der Schafe erlaubt, sofern es nicht zu einer früheren als der in anderen Jahren üblichen Zeit geschieht. Ebenso bleibt das Einliefern der Wolle zum Waschen und das Waschen selbst gestattet, sofern die Ablieferung der Wolle zum Waschen innerhalb 12 Wochen nach dem Scheren oder Fallen erfolgt. Während aber bisher das Waschen der beschlagnahmten Wolle in einer großen Anzahl von Wäschereien zulässig ist, wird nach den neuen Verordnungen die Einlieferung der Wolle zum Waschen nur noch bei vier Wollkämmereien statthaft sein. Im einzelnen bleiben die für das Waschen früher gegebenen Vorschriften fast die gleichen. Die Veräußerung der beschlagnahmten Wolle ist vor ihrer Einlieferung zum Waschen oder innerhalb 10 Wochen nach ihrer Einlieferung allgemein erlaubt, mit Ausnahme der Veräußerung oder Lieferung an Verarbeiter der Wolle. Auch die bisher von der Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft in Berlin bezahlten Uebernahmepreise, die auf dem Höchstpreise für Wolle und

Wollwaren vom 22. Dezember 1914 ruhen, bleiben die gleichen wie bisher. Die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft wird auf die zu gewährenden Preise bereits vor entgültiger Regelung Abschlagzahlungen gewähren. Soweit die Wollen jedoch innerhalb der festgesetzten Frist nicht zum Waschen eingeliefert oder an die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft veräußert worden sind, werden sie enteignet werden. Zu diesem Zweck ist eine besondere Meldepflicht eingeführt worden. Eine Freigabe von Wolle kann auf Antrag nur erfolgen, wenn es sich um geringe Mengen aus eigenem Besitz von Schafhaltern bis zum Höchstgewicht von 5 Kilogr. Rohgewicht handelt und die Wolle im eigenen Haushalt des Schafhalters bearbeitet, verschonnen und verwendet werden soll, oder wenn es sich um Wollmengen handelt, deren Ankauf durch die Kriegswollbedarf-Aktiengesellschaft abgelehnt worden ist. Es ist die wichtige Uebergangsbestimmung getroffen worden, daß die bei Inkrafttreten der Bekanntmachung vorhandenen Wollvorräte ohne Rücksicht auf die im übrigen für die Einlieferung zum Waschen oder für die Veräußerung bestimmte Frist innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten der Bekanntmachung in jedem Falle zum Waschen abgeliefert und veräußert werden dürfen. Hierdurch ist es den Besitzern von Wollvorräten, die ihre Wolle nicht innerhalb der in der früheren Bekanntmachung festgesetzten Frist veräußert haben, möglich, dies jetzt noch innerhalb eines Monats zu tun, ohne daß die Wolle enteignet wird. Der Wortlaut der Bekanntmachung, die eine Anzahl von Einzelbestimmungen enthält, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

**Zukunftsgedanken im Donner des Weltkrieges.** Genosse H. B., von dem wir schon so manchen interessanten Feldpostbrief zum Abdruck brachten, schreibt an seine Eltern:

. . . ., den 13. 7. 16.

Liebe Eltern!

Den Tag über schwaches Geschützfeuer. Nachts scheußliches Maschinengewehrfeuer. Das ist hier der Krieg. Ich liege mit meiner Gruppe in einem Keller von . . . . und träume den ganzen Tag und sinne und denke. Träume von Ruhe und Frieden, von Liebe und Glück. Ich denke an die Zukunft Deutschlands. An seine Wiedergeburt. Und da strömt mir fast unmerklich eine gewaltige, riesengroße Kraft in den Körper. Sie füllt mir Herz und Adern, Kopf und Hand. Und wie in einem Traumbild sehe ich das stark geschwächte, aber dennoch riesenstarke Heer der Proletarier aus dem Kriege heimkehren. Und wenn ich sie dann weiter sehe, wie sie ruhig, ernst aber finster beide Fäuste auf den Schwertknauf des Sozialismus stützen und auf das Zeichen des Angriffs warten, dann wird's mir so leicht ums Herz. Und ich möchte wohl ausrufen: Arm in Arm mit Euch fordere ich mein Jahrhundert in die Schranken. Ich träumte das alles. Und wenn ich nun an zu denken fange, dann ist es der feste, starke und unerschütterliche Glaube an den Sozialismus, der ungestüme Drang nach Befreiung aus kapitalistischen Fesseln, die mir die Kraft verleihen, ruhig und mit vollem Bewußtsein aber tief traurig dem Tod ins Angesicht zu schauen. Not und Entbehrung, Hunger und Durst in dieser furchtbaren Kriegszeit haben mich aufgeweckt aus geistiger Trägheit und mir für immer einen wachen Geist gegeben. Ich liebe die Gerechtigkeit über alles. Und Ungerechtigkeit gibt es so viele zu beseitigen. Nur deshalb möchte ich leben.

Hans.

**Handelsregister.** Am 14. Juli 1916 ist eingetragen: 1. die Firma „Baltik" = Maschinen = Vertriebs = Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Vertrieb von Maschinen, die Ausführung von einschlägigen Handelsgeschäften, sowie die Beteiligung an gleichartigen Unternehmen. Stammkapital: 20 000 Mark. Geschäftsführer: Stoldt, Hugo, Kaufmann in Bad Schwartau; Reeder, Rudolf, Kaufmann in Cöln a. Rh. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 10. Juli 1916 festgestellt. Jeder Geschäftsführer ist allein berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. 2. bei der Firma Biehl & Fehling, Lübeck: Die Prokura des Carl Wilhelm Plappert ist erloschen. Dem F. E. H. Untermann in Lübeck ist dergestalt Gesamtprokura erteilt, daß er nur in Gemeinschaft mit einem der anderen Gesamtprokuristen zur Vertretung der Gesellschaft befugt ist; 3. bei der Firma Wilhelm Haake, Lübeck: M. Braun in Lübeck ist Prokura erteilt.

**Reiseverkehr nach dem Auslande.** Wir werden gebeten, nochmals darauf hinzuweisen, daß, wer nach dem 1. August eine Reise ins Ausland unternehmen will, sich wegen Ausstellung eines Passes oder eines Sichtvermerks auf einem vorhandenen Passe mindestens 10 Tage vorher an das Polizeiamt wenden muß.

**pb. Achtung Schwindlerin.** In den letzten Tagen ist hier eine Schwindlerin aufgetreten, die sich auf der Straße an solche Kinder heran macht, von denen sie annehmen kann, daß diese im Besitze von Geld oder Waren sind. Die Kinder werden von der Schwindlerin mit einem fingierten Auftrag betraut. Während dessen nimmt die Schwindlerin den Kindern das Geld oder die Waren ab, um es bis zur Rückkehr in Verwahrung zu nehmen. Nach Rückkehr der Kinder ist die Schwindlerin mit ihrer Beute auf und davon. Dieselbe wird wie folgt beschrieben: Etwa 1,50 Meter groß, dunkelblond, von der Sonne braun gebranntes sommersprossiges Gesicht. Bekleidet war die Schwindlerin mit dunkelgrünem Kleid mit Sammetbesatz, schiefkrempigem schwarzen Hut, der wahrscheinlich mit bunten Blumen garniert ist. Personen, die Auskunft über die Persönlichkeit der Schwindlerin geben können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Der spanische Generalstreik.** Der Ausstand in Spanien nimmt nach französischen Blättermeldungen aus Madrid in der Provinz eine immer größere Ausdehnung an. Die Zahl der streikenden Bergleute in Asturien wird als beunruhigend bezeichnet. Die Führer des Eisenbahnerverbandes erklärten, die Eisenbahner würden nach ihrer Mobilisierung zur passiven Resistenz übergehen. Der Güterverkehr der Nordbahn konnte nicht aufrechterhalten werden, in Valadolid und Valencia ist der Verkehr gänzlich eingestellt. Madrid ist ohne Post. — Nach einer anderen Meldung herrscht in Spanien Ruhe. Der Streik sei im Abflauen begriffen.

## Aus Nah und Fern.

**Was beunruhigt das Publikum?** Vor kurzem war in einigen Zeitungen Kritik an einem Inserat im „Bochumer Anzeiger" geübt worden, worin „mehrere tausend Eier als Schweinefutter" angeboten wurden. Einzelne Zeitungen hatten die Sache so dargestellt, als wenn die Eier durch übermäßiges langes Lagern zu späteren Spekulationszwecken verdorben waren. Wie der offiziöse „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" jetzt mitteilt, hat das Kriegsernährungsamt durch sofortige Nachprüfung folgenden Sachverhalt festgestellt:

„Die Firma Cretschmar-Bochum hatte aus Rumänien zwei Waggons (14 000 Stück) Eier über Wien eingeführt. Als die Eier zum Verkauf kommen sollten, stellte sich heraus, daß ungefähr 4000 Stück verdorben und dadurch zum menschlichen Genuß ungeeignet worden waren. Um die verdorbenen Eier noch indirekt der menschlichen Ernährung nutzbar zu machen, wurden sie sehr vernünftigerweise durch öffentliche Anzeige als Schweinefutter ausgeboten. Die übrigen 10 000 Eier sind zum normalen Preise von 23 Pfg. das Stück zum Verkauf gekommen."

Der „Nachrichtendienst" knüpft an diese Darstellung (er selbst nennt es „Klarstellung") nachstehende Mahnung an die Presse:

„Es scheint dringend erforderlich, daß die Zeitungen derartige Notizen nicht aufnehmen, ohne vorher gewissenhaft die Vorgänge nachgeprüft zu haben, es werden sonst ohne alle Ursache Beunruhigungen ins Publikum getragen, die jeder Grundlage entbehren."

Ganz zutreffend bemerkt der „Vorwärts" zu dieser Mahnung: Diese schulmeisterliche Art, die Presse an ihre Pflichten zu erinnern, ist in diesem Falle völlig unangebracht. Bei den verworrenen Zuständen in unserer Lebensmittelversorgung ist die Presse geradezu verpflichtet, auf jeden Mißstand hinzuweisen, der sich irgendwo zeigt. Wenn ihr hin und wieder dabei ein Irrtum passiert, steht es jedem frei, ihn zu berichtigen. Wollte man aber verlangen, daß jeder einzelne Fall bis ins kleinste vor der Besprechung geprüft werden müsse, dann würde sich überhaupt die Unmöglichkeit herausstellen, auf gewisse Erscheinungen kritisch hinzuweisen. Wenn irgendwelche Besserungen in der Lebensmittelversorgung erreicht wurden, dann ist dies zum großen Teil der Presse zu verdanken, die nach Möglichkeit die Schäden aufgedeckt hat. An ihr liegt die Schuld nicht, daß noch so vieles zu bemängeln ist. Der „Nachrichtendienst" sagt, es werden „ohne Ursache Beunruhigungen in das Publikum hineingetragen". Das ist in verschiedener Hinsicht falsch. Einmal wird die Beunruhigung nicht erst ins Publikum hineingetragen. Uns z. B. gehen fast täglich Zeitungsausschnitte zu und die Einsender weisen empört auf die Inserate hin, wo große Posten verdorbener Lebensmittel als Viehfutter angepriesen werden. Durch welchen Umstand das Verderben eingetreten ist, ist schließlich ganz gleich. Das trifft auch auf den Fall zu, den der „Nachrichtendienst" anführt. Wenn von 14 000 Eiern 4000 verderben, also fast ein Drittel, dann ist das nicht nur auffällig, sondern auch wirklich beunruhigend. Warum die Eier verdorben sind, wird in der „Klarstellung" auch nicht gesagt. Es ist dies auch gar kein Einzelfall, über den man hinweggehen könnte. Haben wir doch erst kürzlich gehört, daß von den Kartoffeln, die für Neukölln geliefert wurden, neun Zehntel verdorben waren. Auch hier ist noch keine Aufklärung erfolgt, wen die Schuld trifft. Andere Klagen betreffen Mehl. Große Mengen sollen infolge ungeeigneter Lagerung verdorben sein. Ist es schon in normalen Zeiten bedauerlich, daß Nahrungsmittel umkommen, so ist es in der jetzigen Zeit noch viel mehr zu beklagen, wenn dadurch der bestehende Mangel noch vergrößert wird. Es muß deshalb verlangt werden, daß unsere ganze Lebensmittelversorgung so organisiert wird, daß der menschlichen Ernährung möglichst wenig verloren geht. Beim Publikum hat man mit Ermahnungen nicht gespart, alle Nahrungsmittel voll auszunutzen. Mögen die berufenen Stellen prüfen, ob sie selbst nicht schon oft genug in dieser Hinsicht versagt haben.

**Kriegsgewinne in Sacharin.** Stabsarzt Dr. Lejeune teilt in der „Frankfurter Zeitung" zur Sacharinfrage mit, daß in Deutschland nur zwei Fabriken diesen Süßstoff herstellen dürfen. „Beide Fabriken", so schreibt Dr. Lejeune, „haben die Verpflichtung, ihre Erzeugnisse der Kriegs-Chemikalien-A.-G. zu liefern, die den Süßstoff der Z.-E.-G. in Berlin zum Vertrieb zur Verfügung stellt. Das Reichsamt des Innern hat den Preis für das Kilogramm auf etwa 160 Mark festgesetzt, während der Herstellungspreis für Sacharin bekanntlich sehr gering ist. Die Z.-E.-G. liefert Kriegspackungen mit 500 Tafeln Sacharin = 2150 Gramm, 350fach, zum Verkaufspreis von 350 Mk. Um diese bittere Sacharinpille etwas zu versüßen, steht auf der Packung, daß eine Tafel die Süßkraft von 1,5 Kilogramm Zucker ersetzt, mithin der Inhalt der Schachtel einen Süßwert von 750 Kilogramm Zucker besitzt. Es kosten 4,03 Gramm Sacharin 70 Pfg., die Herstellungskosten betragen etwa 8 Pfg., bleibt also der runde Verdienst von 800 Prozent. Nicht bekannt ist, wieviel die Fabrik für das Kilo erhält. Man wird mir einwenden, daß 1,5 Kilogramm Zucker jetzt etwa eine Mark kostet, dieselbe Süßkraft in Form von Sacharin aber nur 70 Pfg. Man darf aber nicht vergessen, daß es sich um einen billigen Ersatz ohne jeden Nährwert handelt. So dicht dürfen Preise für ein Nahrungsmittel und seinen Ersatz nicht nebeneinander stehen. Es muß den deutschen Hausfrauen doch ermöglicht werden, zu einigermaßen erschwinglichen Preisen ihren Winterbedarf an Marmeladen usw. einzukochen, zumal, da das Obst schon an sich so hoch im Preise steht."

**Trockenheit und Hagelschlag in Rumänien.** Halbamtlich wird mitgeteilt: Infolge der Trockenheit ist die kommende Maisernte größtenteils gefährdet. Der in den letzten Tagen gefallene Hagel verursachte überdies in einzelnen Distrikten Schaden in verheerendem Umfange. Der Hauptausschuß für die Verpflegung, unter dem Vorsitz des Ackerbauministers, beschloß, beim Ausfuhrausschuß einzuschreiten, damit die Ausfuhr von Mais und Hülsenfrüchten verboten werde. Aus der Provinz eingetroffenen Meldungen zufolge war der vorgestrige Hagel in den Distrikten Piteschti, Dombrowitza, Ilfor, Salomitza, Neamtzu und Veaca stellenweise von verheerender Wirkung. Ein Bauer und vier Ochsen wurden getötet, mehrere Soldaten ernstlich verwundet.

**Grubenunglück.** Auf der Gleiwitz benachbarten Ludwigsglückgrube brach der Bremsberg zusammen. Zwei Bergleute wurden getötet.

## Verlustliste

**Erschienen sind:**

**Preußische Verlustliste Nr. 582.**

**Sächsische Verlustliste Nr. 303.**

**Württembergische Verlustliste Nr. 421.**

**Die Verlustlisten sind während der Geschäftsstunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.**

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Die Bekanntmachung Nr. W. 1. 1640/6. 16. K. R. A. betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung der deutschen Schafschur und des Wollgefälles bei den deutschen Gerbereien wird heute in den amtlichen Zeitungen und durch die Polizeibehörden veröffentlicht.**

**Altona, den 18. Juli 1916.**

**Stellv. Generalkommando IX. A.-K.**
**v. Falk**
**Generalleutnant.**

3416

## Bekanntmachung
### betreffend die Regelung der Butterversorgung.

Nachdem das Ergebnis der [illegible] der hiesigen [illegible] in Kundenlisten [illegible], wird es sich ermöglichen lassen, in dieser Woche [illegible] mit je 90 Gramm Butter zu [illegible]. Die Ausgabe der Butter wird sich jedoch in dieser und in der nächsten Woche nicht in den ersten Wochentagen ermöglichen lassen, da die [illegible] noch auf Schwierigkeiten stößt. Es ist jedoch zu erwarten, daß nach Überwindung dieser [illegible] in etwa 2 Wochen die Butterversorgung ihren regelmäßigen Fortgang nehmen kann.

Lübeck, den 18. Juli 1916.

**Die Kommission zur Beschaffung von Nahrungs- und Futtermitteln.**

3428

**Erlaubniszwang für Lebens- u. Futtermittelhandlungen.**

(Vergl. Bekanntmachung des Polizeiamts vom 15. d. Mts. [illegible] Anzeigen, [illegible] Nr. 325)

Auf § 2 der Verordnung des Reichskanzlers wird hingewiesen: „Als Lebens- und Futtermittel im Sinne dieser Verordnung gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden."

Der Erlaubniszwang erstreckt sich demnach auch auf den Handel mit diesen Erzeugnissen. (3420

Lübeck, den 17. Juli 1916.

**Das Polizeiamt.**

Nach langem schwerem, in Geduld ertragenem Leiden entschlief Montag mittag 2 Uhr in seinem 49. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Klempner

**Claas Warfen.**

In tiefer Trauer (3424
**Anna Warfen geb. Vick.**
**Antje u. Johanna Warfen.**

Lübeck, Weidbornstr. 20, II.
Beerdigung Freitag. Beginn der Trauerfeier 3 Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**
Zahlstelle Lübeck.

**Nachruf.**

Am Montag, dem 17. Juli, starb unser Mitglied, der Kollege

**Heinrich Meyer.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an derselben nachmittags 2½ Uhr beim „Weißen Hirsch".

3426) **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher Metallarbeiterverband**
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am Montag, dem 17. Juli, starb nach langer Krankheit unser langjähriges u. treues Mitglied, der Klempner

**Claas Warfen.**

Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 21. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Die Kollegen versammeln sich bis 2½ Uhr beim „Weißen Hirsch".
Um rege Beteiligung ersucht

3425) **Die Ortsverwaltung.**

Gebe hiermit bekannt, daß die von Frl. **Becker**, Hansastraße wohnhaft, in Schwartau verbreiteten Gerüchte, daß ich mich mit ihr verloben will, auf Unwahrheit beruhen. (3417

**Heinrich Westphal**
**Bad Schwartau.**

**Der öffentliche Arbeitsnachweis**
Abteilung für Frauen und Mädchen
**Mengstraße 28**, Fernruf 115, geöffnet von 9—1 u. 4—6 Uhr
sucht für sofort **für Badeorte:**
**Junge Mädchen zum Servieren, Zimmermädchen, Küchenmädchen, Waschmädchen.** 3423

**Drucksachen aller Art**
liefert schnellstens
**Buchdr. Friedr. Meyer & Co.**
**Johannisstraße 46.**

**Zirkus Gebr. Belli**
Lübeck, Fackenburger Allee.
Heute Dienstag: **Vorstellung.**
Mittwoch 2 **Vorstellungen.**
Nachmittags 4 Uhr: (3430
**Fremden- u. Familien-Vorstell.**
Abends 8¼ Uhr:
**Gala-Sportsvorstellung.**
Donnerstag: Vorstellung mit **neuengagierten Künstlern.**
Es laden zu diesen Vorstellungen ein **Gebr. Belli.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**
Zweigverein Lübeck.
**Mitglieder-Versammlg.**
**am Mittwoch, dem 19. Juli**
**abends 8½ Uhr**
**im „Gewerkschaftshaus"**
**Johannisstraße 50—52.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Innere Verbandsangelegenheiten. (3418
**Der Zweigvereinsvorstand.**

**Sozialdemokratische Frauen**
**Ausflug nach Schwartau**
**(Hotel Kronprinz)**
**am Donnerstag, 20. Juli 1916.**
Treffpunkt präzise 2 Uhr Lindenplatz. Abfahrt Bralingplatz.
Karten sind besorgt.
Mundvorrat mitnehmen.
Zahlreiche Beteiligung der Kinder erwartet (3422
**das Komitee.**

**Stadthallen-Sommertheater** 3419
**Dienstag, 18. Juli 1916:**
**Nachmittags 6 Uhr**
**Ende gegen 11 Uhr:**
**11. Volkstüml. Konzert**
**Abends 8 Uhr:**
**Herrschaftlich. Diener gesucht**
Schwank v. Burg u. Taufstein.
**Mittwoch, 19. Juli 1916:**
**Wie einst im Mai.**
Operette von Kollo u. Bredschneider.
**Donnerstag, 20. Juli 1916:**
**Herrschaftlich. Diener gesucht**
Beginn der Vorstellungen 8 Uhr.

**Zur Ausführung sämtlicher Dach- u. Asphaltarbeiten**
empfiehlt sich (3421
**H. Langbecker,**
**Dachdecker, Moislingerstraße 78.**

**1000000!**
brauche ich nicht, aber dringend
**Säcke u. Packleinen**
Zahle fortdauernd die reellsten
**höchsten Tagespreise!**
**Mehl- u. Zuckersäcke**
per Stück 1.50 M.
**Haushaltungslumpen**
**7 u. 8 Pfg. p. Pfd.**
**Lissauer, Kleiner Schwingen 8.**

**2 Schuhmachergesellen**
für dauernde Beschäftigung (3429
**Heinr. Luckmann, Dassow i. M.**

Verloren von einem Knabe eine (Nr. 3—382)
**Brotkarte.** Bitte abzugeben
3414) Kronsforder Allee 32.

**Volksküche.** 3415
**Mittwoch, d. 19. Juli:** Bohnensuppe mit Kartoffeln u. Speck.
**Donnerstag, 20. Juli:** Graupensuppe, Gulasch u. Kartoff.
**Freitag, den 21. Juli:** Kohlrabisuppe mit Kartoffeln, Nudeln mit Obst.

Nr. 166
23. Jahrgang

# Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag, den 18. Juli 1916

## Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 17. Juli.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 25 Minuten.

Der Senatskommissar teilt den Beschluß des Senats mit, der dem Verlangen der Bürgerschaft nachgibt, wonach bei Bewilligung außerordentlicher Kriegsausgaben im einzelnen die Zustimmung des Bürgerausschusses einzuholen ist.

1. Antrag: Siebenter Nachtrag zur Verordnung vom 27. Mai 1872, die Veräußerungsabgabe betreffend.

Grünau wünscht einige Fassungsänderungen im Gesetz.

Senator Dr. Vermehren ersucht, es beim alten zu belassen. Er befürchtet, daß sonst leicht Schiebungen vorkommen könnten die Abgaben zu umgehen. Das dürfe hier nicht begünstigt werden.

Ein Antrag Grünau wird abgelehnt, ebenso ein Bürgerausschußantrag; angenommen dagegen wird der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit.

2. Antrag: Herstellung eines Ufergleises auf dem öffentlichen Lösch- und Ladeplatz am Klughafen bei der Hüxtertorbrücke.

G. Ehlers: Wir stimmen dem Senatsantrag nicht zu. Erstens ist nicht klar, ob diese Arbeit sofort in Angriff genommen werden soll und zweitens, ob das Geleise nicht auch einen anderen Weg nehmen kann. Die Kriegshilfe hat dort kleinen Leuten Land zur Verfügung gestellt, das mit viel Liebe und Mühe bebaut worden ist. Heute brauchen wir jeden Quadratmeter Acker zur Volksernährung. Würde man bis zum Oktober mit dem Gleisbau warten, könnte man sich die Sache noch gefallen lassen. Aber wenn heute die Leute das Land wieder hergeben sollen, das sie mit allem möglichen bepflanzt haben, so ist das ungerecht. Die Bahn braucht nicht mitten durch dieses Gelände zu fahren, sie kann eine andere Richtung einschlagen, damit die Bebauer auch einigen Nutzen haben. Die Mühe und Freude an der Arbeit kann ihnen doch niemand ersetzen. Gewiß steht im Vertrag, daß sie das Land jederzeit wieder abtreten müssen und daß ihnen bei vorzeitiger Wegnahme die Einsaat bezahlt wird. Sie müssen aber auch die Ernte ersetzt erhalten. Die Erledigung des Geleises hat gewiß auch bis zum 1. Oktober Zeit. Es besteht auch eine Unruhe wegen einer Bebauungsstrecke an der Geniner Straße. In Friedenszeiten ist das eine ganz andere Sache; aber jetzt, wo wir jeden Zentner Kartoffeln nötig haben und die Fleischernährung fehlt, müssen stichhaltige Gründe vorhanden sein. Wenn Sie der Forderung nicht zustimmen können, daß das Land bis zur völligen Ernte unangetastet bleibt, beantrage ich Kommissionsberatung.

Senator Evers: Es ist sehr wohl überlegt worden, ob die Bahn anders gelegt werden könnte. Hier spielen aber weit größer Interessen mit als die der paar Leute. Der Handel muß in erster Linie geschützt werden. Es wird auf das schonendste verfahren und die Leute werden angemessen entschädigt. Wir dienen durch das Geleise nicht nur einzelnen Firmen, sondern dem gesamten Handel.

Ehlers stellt den Antrag, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen.

Schwabroch ersucht, diesem Antrag nicht stattzugeben, da die Sache dringlich sei. Geeignetere Ladeplätze seien nicht vorhanden. Wenn die Leute voll entschädigt würden, sei es genügend, mehr könne man doch nicht verlangen.

G. Ehlers hebt hervor, wenn die Sache so dringlich wäre, hätte man das Land nicht erst zu vergeben brauchen. Wenn der Antrag der Handelskammer schon voriges Jahr gestellt sei, habe die Behörde doch davon gewußt. Richtig entschädigen könne man die Leute überhaupt nicht (Zuruf: Sehr richtig!) und für dieses Geld könnten sich die Leute ja doch nichts kaufen. Der Räumungstermin zum 1. Oktober sei nicht zu spät. Die Förderung der Industrie und des Seehafens haben wir immer vertreten; in diesem Falle sollte man doch Rücksicht auf die Interessen der kleinen Leute nehmen.

Senator Evers betont, jeder Tag sei für den Lübecker Handel ein großer Gewinn. Es werde nur eine verhältnismäßig kleine Fläche vernichtet.

Böbs stellt den Antrag, die Pächter voll zu entschädigen.

Boie bittet die Interessen abzuwägen, und da sprächen die des Verkehrs zwingender als die Gemüseinteressen. Man könne die Leute reichlich entschädigen, groß werde der Betrag doch nicht werden.

Böbs erinnert daran, daß die Leute mit viel Arbeit aus Schutthaufen Gartenland geschaffen hätten, die volle Entschädigung verdienten.

Der Antrag Ehlers wird abgelehnt. Der Senatsantrag mit der Abänderung von Böbs endgültig angenommen.

3. Antrag: Herstellung einer Liegestelle für Binnenschiffe im Kanalhafen gegnüber der Gasanstalt II.

Glasau gibt den Kommissionsbericht. Schon vor dem Kriege sei das Bedürfnis vorhanden gewesen, Liegeplätze für Schiffe zu schaffen, da der Klughafen nur 25 Kanalschiffe aufnehmen könne. Teilweise hätten hier aber 170—180 Kanalschiffe gelegen, so daß man kaum wußte, wo man sie unterbringen konnte. Die Ausfahrt habe große Schlepperkosten verursacht. Die Vorlage sei dringend zu empfehlen, umsomehr, als der Verkehr auch jetzt nicht nachgelassen habe.

Propp sieht in dem vorgesehenen Platz bei der Gasanstalt nicht den glücklichsten. Er liege zu entfernt und erschwere den Verkehr. Sollten die Schleppzüge aus Lauenburg dort halten, dann würden allerdings wieder Schleppkosten erspart. Der beste Platz wäre freilich im Hafen selbst, der über kurz oder lang doch erweitert werden müßte. Die Hubbrücke erschwere den Verkehr nach dem vorgesehenen Liegeplatz.

Senator Evers findet in dem Antrag eine Erleichterung des Verkehrs; einen besseren Vorschlag habe der Vorredner nicht angeben können.

Kröger, Schwabroch, Glasau, Boie und Scheither sprechen sich für den Antrag aus.

Aug. Pape mißbilligt den Abbruch der Brücke nach der Moislinger Allee zu, die nach dem Kriege erst recht wieder notwendig sei. Man sollte vorhandene Wege nicht ohne Not aufheben. Die Beseitigung der alten Gasanstalt wäre für die Stadt nur von Vorteil.

Der Senatsantrag wird endgültig angenommen. Ein Antrag von Aug. Pape auf Wiederherstellung der Brückenverbindung abgelehnt.

4. Antrag: Errichtung einer Badeanstalt bei Moisling.

G. Ehlers gibt seiner Freude über die Vorlage Ausdruck, die einem langgehegten Wunsch der Moislinger Einwohnerschaft entspreche und auch den Anwohnern von St. Lorenz-Süd Badegelegenheit biete. Er empfiehlt jedoch statt Bohlen- Klinkerbelag, wodurch sich die Kosten nur unwesentlich erhöhten. Klinkerbelag sei reinlicher und sichere besser gegen das Ausrutschen. Die Zuwegung zur Anstalt sei noch etwas umständlich, vielleicht könne sie später von der Moislinger Allee aus noch abgekürzt werden. Von wesentlicher Bedeutung sei, ob die Badenden dort auch schwimmen dürften, nach dem Vertrag mit der Schiffahrtsberufsgenossenschaft sei dies ausgeschlossen. Redner weist ferner auf die Notwendigkeit einer Schwimmhalle für Lübeck hin, deren Vorlage die Bürgerschaft immer noch erwarte. Die Anrege sei notwendig, damit der Senat nachher keine Vorwürfe erheben könne und daß sie nicht verjähre.

Scharff befürwortet die Erbauung einer Schwimmhalle gleichfalls, deren beratende Vorarbeiten durch den Krieg unterbrochen wurden.

Böbs findet die Badefläche in der Moislinger Anstalt zu klein. In fahrbaren Gewässern sei das Baden verboten, deshalb müßte man eine Verschiebung der Anstalt vornehmen. Dieses Jahr könne sie nicht mehr in Betrieb genommen werden, darum müsse man die Vorlage noch einmal kommissarisch prüfen.

Senator Evers glaubt, daß die Anstalt dieses Jahr noch fertiggestellt werden könne. Eine Verlegung würde beträchtlich teurer. Für die nächsten 15 Jahre genüge die Anstalt.

Buchwald regt für die Badenden billige Straßenbahnfahrt an.

Vom Senatstisch wird betont, daß diese Anrege gern weiter gegeben werde. Kommissionsberatung wird abgelehnt, der Senatsantrag mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

5. Antrag: Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1915.

Mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

6. Antrag: Herstellung eines Ausziehgleises am Kanalhafen unterhalb der neuen Gasanstalt.

Hoff tritt für die Vorlage ein und führt Klage darüber, daß seitens der Gasanstalt bei Lieferung von Münzgasmessern Schwierigkeiten gemacht werden. Der Widerstand gehe von dem leitenden Ingenieur aus. Den kleinen Leuten seien Münzgasmesser lieber, obwohl sie erhöhten Gaspreis bezahlen müßten. Dafür hätten sie am Quartalschluß dann keine große Gasrechnung auf einmal zu begleichen.

Scharff will die Angelegenheit an geeigneter Stelle vorbringen. An Münzgasmessern mangle es.

Böbs fürchtet bei klauselloser Bewilligung unliebsame Konsequenzen. Das Ausziehgeleise erfordere große Kosten und sei angenehm für die Firma, aber eine kleine Verzinsung wolle sie nicht bezahlen.

Senator Dr. Fehling: Es handle sich nicht um eine Bequemlichkeit der Firma, sondern um das Interesse der Oeffentlichkeit.

Dimpker bittet, doch nicht einer Einzelfirma Abgaben aufzuerlegen, wo wir doch zu Verkehrserweiterungsanlagen verpflichtet seien.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Beim Bericht der Kommission zur Vorprüfung des Gesetzentwurfes betr. die Anrechnung von Kriegsdienstzeiten in der Ruhegeld- und Hinterbliebenenversicherung für Staatsangestellte kommt

Hoff auf die Kommissionsberatung zu sprechen und legt dar, daß die Kommission einstimmig der Meinung sei, unsere Angestellten brauchten sich nicht schlechter zu stehen als die Privatangestellten. Redner legt eingehender die gesetzlichen Verhältnisse und die Bundesratsbeschlüsse zu dieser Frage dar, denen er die Lübecker Verhältnisse gegenüberstellt und kommt zum Schluß, daß der Lübecker Staat dasselbe leisten müsse wie jeder andere Arbeitgeber. Unbedenklich könne die Beitragsrückerstattung vom August 1914 ab an die Staatsangestellten erfolgen.

Senator Dr. Vermehren ist gegenteiliger Ansicht. Die Angestellten erhielten hier das volle Gehalt, in Preußen nur 66⅔ Prozent. Da brauche man ihnen nicht auch noch die Beiträge zu erlassen. Das wäre nicht nur unsozial gehandelt, es würde auch bei andern Unmut erzeugen. Hätte man eine solch lange Kriegsdauer geahnt, würde das volle Gehalt sicher nicht weiter bezahlt worden sein.

Köster tritt für den Kommissionsbeschluß ein.

Hoff geht erneut auf die gesetzlichen Bestimmungen ein und betont, daß es sich in der Hauptsache um Angestellte handle, die 1300 bis 1700 Mark Gehalt bezögen, mit denen keine Seide zu spinnen sei, wo man sich jetzt schon langsam ans Hungern gewöhnen müsse. Die Kommission stehe zudem in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkte, daß auch später die Beamten keine Beiträge bezahlen sollen. Es sei übrigens eine merkwürdige Begründung, diese Beiträge zur Deckung staatlicher Verpflichtungen heranziehen zu wollen.

Senator Dr. Vermehren: Wir wollen unsere Angestellten nicht schlechter stellen. Wir haben sie ja bereits besser gestellt und gönnen es ihnen auch. Aber die Loslösung von der Beitragspflicht kann der Senat nicht gutheißen.

Buchwald bedauert die ablehnende Haltung des Senats gegenüber dem Kommissionsbeschluß. So schwerwiegend sei die Frage doch nicht. Werde die Berechtigung anerkannt, daß laut Bundesratsverordnung während der Kriegszeit die Einberufenen keine Beiträge zu zahlen brauchen, dann mache man den Angestellten kein Geschenk beim Zurückzahlen der Beiträge, sondern komme nur der formellen Pflicht nach.

Hoff erklärt weiter, der Neid anderer Angestellter komme gar nicht in Betracht, auf Neidhammel brauche man keine Rücksicht zu nehmen. Diese können ja noch der Arbeit nachgehen und müssen sich nach der Decke strecken, während die andern ihr Leben aufs Spiel setzen. Hier handle es sich um Rechte, was andern Angestellten gewährt werde, könne man den staatlichen nicht vorenthalten.

Senator Dr. Vermehren verteidigt in der Senatsansicht den sozialen Ausgleich und

Klein empfiehlt, die Neidhammel gleich in den Schützengraben zu stecken. Wenn andere im furchtbarsten Trommelfeuer ausharren müssen, wollen Leute kommen und ihnen diese Kleinigkeit mißgönnen? Redner glaubt nicht, daß es unter den Beamten solche Leute gibt und hält die Begründung des Senats für außerordentlich kleinlich.

Die Senatsvorlage wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Es folgt die Besprechung des dem Bürgerausschuß zur näheren Erwägung überwiesenen und nicht an den Senat gebrachten Antrages von Johs. Reimpell betr. Herunterset̲zung der Höchstpreise für notwendige Nahrungsmittel.

Stelling: Ich will zunächst bemerken, daß die Kommission, die vom Bürgerausschuß eingesetzt worden ist, sich in eingehender Weise mit der Materie beschäftigte. Sie ist ohne Frage der Meinung, es sei dringend erforderlich, die Höchstpreise für Nahrungsmittel herabzusetzen. Verschiedene Gründe haben sie aber bewogen, zurzeit von der Empfehlung dieses Antrages Abstand zu nehmen. Die Kommission hat mit den Schwierigkeiten

---

## Mein Onkel Benjamin.

Erzählung von Claude Tillier.

19. Fortsetzung.

Was mich betrifft, so teile ich die Ansicht des Vetters Pagina durchaus nicht. Es ist immer angenehm, und manchmal sogar nützlich, das Uebel, das man uns zugefügt hat, ehrlich heimzuzahlen: das ist eine Lehre, die man dem Boshaften schuldig ist. Er mag wissen, daß er sich auf eigene Rechnung und Gefahr seinen gemeinschädlichen Instinkten überläßt. Die Viper ziehen lassen, die uns gestochen hat, wenn man ihr den Kopf zertreten kann, und dem Bösen verzeihen, ist ein und dasselbe Ding; der Edelmut ist in diesem Falle nicht nur eine Torheit, sondern ein Unrecht gegen die Gesellschaft. Wenn Jesus Christus gesagt hat: segnet, die euch fluchen — so hat der heilige Petrus dem Malchus das Ohr abgehauen, und so das Gleichgewicht wieder hergestellt.

Mein Onkel war sehr eigensinnig, eigensinnig, wie wenn er der Sohn eines Gauls und einer Eselin gewesen wäre — überhaupt ist der Eigensinn ein Erbfehler in unserer Familie — indessen gab er zu, daß Advokat Pagina recht habe.

Ich glaube, Herr Minxit, sagte er, daß Sie wohl daran täten, Ihren Degen in die Scheide zu stecken und Ihren Federhut ins Futteral zu legen. Einen Krieg soll man nur aus äußerst gewichtigen Beweggründen unternehmen; und der König, welcher ohne Notwendigkeit einen Teil seines Volkes zu jenen Schlachtbänken führt, die man Felder der Ehre nennt, ist ein Mörder. Ihnen würde es vielleicht schmeicheln, Herr Minxit, einen Platz unter den Helden einzunehmen; aber der Ruhm eines Generals, woraus besteht der? Aus zerstörten Städten, eingeäscherten Dörfern, verwüsteten Feldern, gefangen fortgeführten Kindern, aus Weibern, welche der Brutalität der Soldaten preisgegeben wurden, und Fässern Weines, denen man im Keller den Boden ausschlug. Alles das ist abscheulich, und mir schaudert die Haut, wenn ich nur daran denke.

Was schwatzest du mir da? antwortete Herr Minxit, es handelt sich nur um alte, halbverfaulte Mauern, welchen man einige Rippenstöße beibringen will.

Warum auch, sagte mein Onkel, wollt Ihr Euch die Mühe geben, sie umzustoßen, wenn sie selber so sehr willens sind, einzufallen? Glaubt mir, gebt diesem schönen Lande den Frieden wieder; ich wäre ein Feigling, ein Nichtswürdiger, wenn ich, um eine durchaus persönliche Beleidigung zu rächen, zugäbe, daß Ihr Euch den vielfältigen Gefahren aussetzt, welche unser Feldzug nach sich ziehen würde.

Aber, sagte Herr Minxit, ich habe auch persönliche Beleidigungen zu rächen an diesem Krautjunker: er hat mir spöttischerweise Pferdeurin zum Beschauen geschickt für Menschenurin.

Das ist ein sauberer Grund, um sich zehn Jahre Galeeren auf den Hals zu laden. Nein, Herr Minxit, die Nachwelt würde Sie nicht freisprechen. Wenn Sie nicht an sich selber denken, so denken Sie wenigstens an Ihre Tochter, an Ihre teure Arabella; was hätte sie davon, so guten Rahmkäse zu machen, wenn Sie nicht mehr da wären, ihn zu essen?

Dieser Appell an die väterlichen Gefühle des alten Doktors blieb nicht ohne Erfolg.

Du versprichst mir wenigstens, sagte er, daß Herr von Kambyses für seine Unverschämtheit bezahlt wird; denn du bist mein Schwiegersohn, und somit sind wir in Ehrensachen für einander verantwortlich.

Oh! was das betrifft, beruhigen Sie sich, Herr Minxit, ich werde auf den Marquis ein wachsames Auge haben; mit jener geduldigen Ausdauer werde ich ihm auflauern, mit welcher die Katze auf eine Maus lauert; einmal werd ich ihn wohl allein und ohne Gefolge erwischen, und da muß er denn seinen edeln Degen mit meinem Rapier messen, oder ich prügele ihn nach Herzenslust. Ich kann nicht schwören, wie ein alter Ritter, meinen Bart wachsen zu lassen, oder nichts als trockenes Brot zu essen, bis ich mich gerächt habe — denn das eine paßt nicht zu meinem Handwerk, und das andere widerstrebt meinem Temperament; aber ich schwöre, nicht eher Ihr Schwiegersohn zu werden, bis mir für die erlittene Beleidigung eine glänzende Genugtuung geworden ist.

Nichts da! antwortete Herr Minxit, du gehst zu weit, Benjamin; ich lasse diesen gottlosen Schwur nicht gelten; du mußt im Gegenteil meine Tochter heiraten, und kannst dich eben so gut nachher als vorher rächen.

Wie können Sie daran denken, Herr Minxit? Von dem Augenblicke, wo ich mich mit dem Marquis auf Tod und Leben zu schlagen habe, gehört mir mein Leben nicht mehr an; ich kann mir nicht erlauben, Ihre Tochter zu heiraten, um sie vielleicht am Tage nach der Hochzeit zur Witwe zu machen.

Der gute Doktor suchte den Entschluß meines Onkels zu erschüttern; als er jedoch sah, daß ihm dies nicht gelinge, entschloß er sich, seine Kleider zu wechseln und seine Armee zu entlassen. So endigte dieser große Feldzug, welcher der Menschheit wenig Blut gekostet hat, aber viel Wein dem Herrn Minxit.

### Neuntes Kapitel.

**Wie sich mein Onkel vom Marquis küssen ließ.**

Benjamin hatte in Corval geschlafen. Als er des andern Tages mit Herrn Minxit das Haus verließ, so war die erste Person, die ihm aufstieß, der Doktor Fata. Dieser, der nicht das beste Gewissen hatte, wäre eben so gern zwei großen Wölfen auf der Straße begegnet als meinem Onkel und dem Herrn Minxit. Da er jedoch nicht entwischen konnte, entschloß er sich, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, und ging auf meinen Onkel los.

Guten Morgen, Herr Rathery; wie befinden Sie sich, ehrenwerter Herr Minxit Wie sind Sie denn mit unserm Geßler fertig geworden, Herr Benjamin? Ich hatte eine grausame Angst, er möchte Ihnen übel mitspielen; ich konnte wahrhaftig die ganze Nacht kein Auge zutun.

Fata, sagte Herr Minxit, heben Sie Ihre Speichelleckereien für den Marquis auf, wenn Sie ihm begegnen; ist es wahr, daß Sie zum Herrn von Kambyses gesagt haben, Sie kennten Benjamin nicht mehr?

Ich weiß mich dessen nicht zu erinnern, mein bester Herr Minxit.

Ist es wahr, daß Sie zum selbigen Marquis gesagt haben, ich sei keine schickliche Gesellschaft?

Das konnte ich unmöglich sagen, mein liebwertester Herr Minxit, Sie wissen ja, wie sehr ich Sie achte, mein Freund.

Ich bestätige auf Ehrenwort, daß er das alles gesagt hat, sprach nun mein Onkel mit der eisigen Kaltblütigkeit eines Richters.

Es ist gut, sagte Herr Minxit; dann wollen wir unsere Rechnung ins reine bringen.

Fata, rief Benjamin, ich sage Ihnen, daß Herr Minxit Sie durchpeitschen will. Da haben Sie meine Reitgerte, verteidigen Sie sich der Körperschaft zu Ehren; ein Arzt kann sich nicht ausprügeln lassen, wie ein Drei-Taler-Esel.

Ich habe das Gesetz auf meiner Seite, sagte Fata; wenn er mich schlägt, so soll ihm jeder Schlag teuer zu stehen kommen.

Ich setze fünfhundert Taler dran, sagte Herr Minxit, indem er seine Reitpeitsche pfeifen ließ; da, Fata, Fatorum! Schicksal, Vorsehung der Alten! da, da, da!

Die Bauern waren unter die Türen getreten, um Fata durchprügeln zu sehen; denn, zur Schande unserer armen Menschheit sei es gesagt, nichts ist dramatischer, als ein Mensch, der mißhandelt wird.

Meine Herren, rief Fata, ich stelle mich unter Ihren Schutz!

Aber kein Mensch rührte sich von der Stelle; denn Herr Minxit hatte durch die Achtung, in welcher er stand, ungefähr das Recht der niederen Gerichtsbarkeit im Dorfe.

Dann rufe ich Sie zu Zeugen der an meiner Person verübten Gewalttätigkeiten auf, fuhr der Doktor Fata fort; ich bin Doktor der Arzneikunde.

Wart! sagte Herr Minxit, ich will stärker draufschlagen, damit diejenigen, welche die Hiebe nicht sehen, sie wenigstens hören können, und damit du dem Amtmann auch Striemen zu zeigen hast. Und wirklich schlug er stärker zu, der grimmige Grobian.

(Fortsetzung folgt.)

rechnen müssen, die einer lokalen Regelung im Wege stehen. Wir sind von einer Reihe nichtlübscher Landesteile umgeben und deshalb mußte die Kommission mit der Tatsache rechnen, daß, sobald es sich um Herabsetzung von lokalen Höchstpreisen handelt, trübe Erfahrungen zu verzeichnen sind, weil die Waren dann nach Hamburg und in andere Städte wandern. Die Kommission mußte auch zu ihrer Auffassung kommen aus dem Grunde, weil ihr vom Senatskommissar dargelegt wurde, die lübsche Preisprüfungsstelle habe alles getan, was zur Herabsetzung der Zentralhöchstpreise getan werden konnte. In der Reichsprüfungsstelle sei sogar erklärt worden, sie sei von der Lübecker Preisprüfungsstelle mit Herabsetzungsgesuchen förmlich bombardiert worden. Ich will nochmals betonen, jeder von der Kommission wünschte einen Weg zu finden, um zu Herabsetzungen zu gelangen. — Da der Herr Wortführer in voriger Sitzung der Lebensmittelversorgungsfrage weitgehenden Spielraum in heutiger Sitzung zusicherte, möchte ich mich etwas eingehender mit dieser Frage befassen. Ich muß dabei weiter ausholen, weil diese Frage von der allergrößten Wichtigkeit ist. Wir haben uns in der Bürgerschaft wiederholt mit der Lebensmittelorganisation befaßt, wir haben mehr oder weniger zugegeben, daß sie nicht auf jener Höhe steht, auf der sie sein müßte. Heute stehen uns die Erfahrungen zweier Kriegsjahre zur Seite und wir müssen zugeben, daß schwere Fehler gemacht worden sind. Er besteht heute leider kein Zweifel mehr, daß die Erfahrungen des ersten Kriegsjahres nicht berücksichtigt wurden und auch im zweiten Kriegsjahr trat keine Besserung ein. Ueberall wurde zum Beispiel darauf hingewiesen, wir müßten viel Kartoffeln essen, und was war die Folge? Wir mußten zugestehen, daß wir angesichts der eintretenden Kartoffelknappheit auf dem Holzwege gewesen sind. Dann hieß es, eßt Zucker, er ist nahrhaft, wir schwimmen darin. Nicht lange dauerte es, dann mußte der Zucker rationiert werden, und jetzt, wo er für Einmachezwecke so notwendig wäre, bekommen wir pro Kopf ganze 600 Gramm. Solche Tatsachen tragen in der Bevölkerung nicht zur Beruhigung bei, und es kann die Leute auch nicht beruhigen, wenn von der Zentrale anscheinend nicht mit gleichem Maße gemessen wird. Wie wäre es sonst möglich, daß in Berlin 5 Pfund auf den Kopf entfällt, und in anderen Städten ebenfalls höhere Quantitäten? Was soll man denn mit 600 Gramm anfangen? Diese Verteilung gibt zu Beschwerden Anlaß und fordert Aenderung durch die maßgebenden Stellen. Beim Kriegsernährungsamt hätte man glauben sollen, daß es jetzt den Erfahrungen der letzten beiden Jahre gerecht würde. Erst kamen schöne Reden, aber als die Taten kommen sollten, hat man leider die bittersten Enttäuschungen erlebt. Enttäuschungen nach der Richtung hin, als man von Konsumentenschutz nichts verspürt. Nur den Schutz der Produzenten hat man ins Auge gefaßt, ganz besonders wieder in der Kartoffelfrage. Es muß durchaus Widerspruch begegnen, daß man hier, wo alles außerordentlich knapp ist, 4 und 5 Mark Produzentenpreis festsetzt. So etwas ist in der Tat noch nicht dagewesen. Herr Henk wird zwar sagen, das sei früher immer bezahlt worden. (Zuruf Henk: Sehr richtig, noch mehr!) Nach dem Reichsstatistischen Jahrbuch, das vielleicht auch Herrn Henk als autoritativ gilt, betrug der Durchschnittsgroßhandelspreis pro Zentner 1913 **2,70 Mk.** Hiervon gehen 80—90 Pfg. pro Zentner für den Großhändler ab, so daß sich der Produktionspreis im Durchschnitt auf **1,90 Mk.** stellte. Wenn jetzt dagegen 4 und 5 Mark verlangt werden, gibt dies doch zu denken Anlaß. Bedauerlich ist auch, daß wieder keine Differenzierung eingetreten ist. Was dieser neue Preis bei 13 Millionen Tonnen Speisekartoffeln bedeutet, kann man daraus ersehen, daß dadurch der deutschen Landwirtschaft **über eine halbe Milliarde Mark mehr bezahlt wird als in Friedenszeiten.** Doch damit ist sie noch nicht zufrieden. 4 Mark sind ihr zu wenig (Hört, hört! bei den Soz.), 5 Mark sei — so fordert der deutsche Landwirtschaftsrat — das mindeste, was erhoben werden müsse. (Zuruf Henk: Sehr richtig!) Man hat also dem Drängen Rechnung getragen und ausschließlich die Produzenten geschützt, die für ihre Preise alles mögliche zur Begründung anführen. Die erhöhten Produktionskosten sind nur bedingt richtig, der Boden ist doch nicht teurer geworden. Allerdings ist diese Begründung bei einem Blumentopf voll Erde auch schon angeführt worden. Auch höhere Zinsen werden nicht bezahlt. Der Landwirtschaft sind außerordentliche Zuwendungen gemacht, die nach keiner Richtung verteuernd wirken. Durch Gefangenenzuweisung ersparen sie andere Arbeitskräfte, sie erhalten pro Kopf und Tag noch 30 Pfennig dazu. Ein Landwirt aus Pommern meint ganz richtig, dieses Geld würde besser für sozialpolitische Zwecke oder für die Kämpfer im Schützengraben verwendet werden können. Läßt man sich mit den Landwirten in eine Debatte darüber ein, dann hört man häufig die Ausrede, die Städter wollten nichts bezahlen. — In der Bürgerschaft wurde wiederholt darauf hingewiesen, es sei unverständlich, wie heute noch solch hohe Butterpreise verlangt werden können. (Henk: Die machen wir nicht!) Vor nicht allzu langer Zeit hat selbst der Leiter der Hansameierei, Herr Bastian, erklärt, es sei selbstverständlich, daß diese Preise höher als in Friedenszeiten sein müssen, doch derartig hohe Preise könne er nicht billigen. (Zuruf Thiele: Na, na!) Er habe für einen Butterpreis von 2,20 Mk. gewirkt. Dabei zahlen wir heute noch 2,55 Mk. Für den hohen Preis wurden die Dürre und die Viehseuchen verantwortlich gemacht, sei diese vorüber, gelange man wieder zu normaler Milchproduktion und zu normalen Preisen. In diesen Worten liegt eine scharfe Kritik der heutigen [illegible]. Die [illegible] haben gar alle Vorbedingungen für teure Preise sind gefallen, und trotzdem bleiben sie bestehen, hört man nichts von Ermäßigung. So ist es mit allen landwirtschaftlichen Produkten. Herr Henk hat auch die hohen Eierpreise zu rechtfertigen versucht. Es mag sein, daß ich mir kein richtiges Urteil bilden kann, weshalb ich dasjenige eines großen Hühnerzüchters anführe, der bekennt, daß 15 Pfg. pro Stück sehr gut bezahlt ist. Das ergibt sich auch aus der Preisfestsetzung der mecklenburgischen Regierung, die dem Erzeuger 12½ Pfg. zuerkennt und die Abgabe an den Konsumenten mit 15 Pfg. festsetzt. Es ist bedauerlich, daß in dieser Sache noch nichts vom Reich unternommen ist. Den Landwirten geht es noch lange nicht so schlecht, wie behauptet wird. Kürzlich wurde auf einer Tagung westfälischer Landwirtschaftsgenossenschaften hervorgehoben, daß an überschüssigen Geldern 132 Millionen gegen 72 Millionen im Jahre 1914 und 66 im Jahre 1913 an die ländliche Zentralkasse abgeführt wurden. Wie kann man davon die Rede sein, daß es in der Landwirtschaft schlecht bestellt sei. Schon in Friedenszeiten wurde die Landwirtschaft bevorzugt. Die Schutzzoll- und Absperrungspolitik hat sich im Kriege als [illegible] und schädlich erwiesen. Heute werden den Agrariern durch die Politik des Kriegsernährungsamtes neue Vorteile auf Kosten der Konsumenten [illegible]; man trägt eben nur den agrarischen Wünschen Rechnung. [illegible] Dr. Heim [illegible], der erklärte, in Süddeutschland seien bei der Lebensmittelversorgung ausschließlich die agrarischen Interessen maßgebend. Daher kommt es auch, daß in Süddeutschland die Lebensmittelversorgung [illegible] ist. Hier herrschen die Agrarier. [illegible]

sollte, sind sie vom Markte verschwunden. Auch bei den Eiern konnte man dieselben Erfahrungen machen; die Zustände sind hier tief beschämend. (Zuruf bei den Soz.: Sehr richtig!) Der Anreizpolitik verdanken wir auch die hohen Vieh- und Fleischpreise; dem Landwirt dürfen die Einnahmen eben nicht geschmälert werden. Man kann diesen Faden ins Unendliche fortspinnen und sieht dabei immer wieder, wie ein Keil den andern treibt; er führt zu endlosen Preistreibereien. Weite Kreise des Volkes haben darunter zu leiden. Die kapitalistische Wirtschaft hat eben in jeder Beziehung versagt. Alle Palliativmittelchen helfen da nichts mehr. Man muß konsequent vorgehen und mit dem bisherigen System brechen, und zwar dadurch, daß eine Beschlagnahme sämtlicher Lebensmitter erfolgt. Dieser Vorschlag wird manchen Widerspruch auslösen, aber Sie werden selbst sagen müssen, so wie bisher geht es nicht mehr. Schon im August 1914 hat die Generalkommission der Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei und auch Dr. Rehrbach, der kein Sozialdemokrat ist, sowie der Landbündler Dr. Heim den Vorschlag gemacht, alle Lebensmittel zu beschlagnahmen. Dem wurde keine Folge gegeben. Ich denke, daß heute der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir unter allen Umständen dazu übergehen müssen, ganze Arbeit zu machen, eine Aenderung des Systems wahrzunehmen. Ich stelle deshalb den folgenden Antrag, dem Sie gewiß zustimmen werden:

**Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Vertreter Lübecks im Bundesrat zu beauftragen, bei den maßgebenden Stellen für folgende, dringend notwendige Kriegsmaßnahmen in der Frage der Volksernährung einzutreten:**

1. **Sofortige Beschlagnahme und gleichmäßige Rationierung aller Lebensmittel; Verteilung durch Karten mit voller Anrechnung der privaten Bestände; besondere Berücksichtigung der schwerarbeitenden Bevölkerung, der Frauen, der Kinder und Kranken bei bestimmten Waren, wie Milch, Kartoffeln, Fleisch, Eier.**
2. **Geregelte Preisfestsetzung für Produzenten, Groß- und Kleinhandel für das ganze Reich, Preise, die auch für die Minderbemittelten erschwinglich sind.**
3. **Aufhebung der einzelstaatlichen Ausfuhrverbote.**
4. **Herabsetzung der Provision der Einkaufs- und Viehhandelsverbände und ihrer Aufkäufer.**

Redner gibt noch einige Begründungen und fordert des ferneren, die Brotration wieder auf die frühere Höhe zu stellen, da man mit den neuen Kartoffeln nicht mehr so wirtschaften kann wie mit den alten und die jetzigen Brotrationen unzureichend seien. Die Herabsetzung der Viehkommissionärsgebühren wird vom Redner an drastischen Beispielen begründet. Ich bitte, hier in Lübeck alles zu tun, was getan werden muß. Die Einführung der Fleischkarten ist schon deshalb notwendig, weil im September erst eine Reichsbestandsaufnahme erfolgen soll, und dann noch Monate vergehen, bis die Reichsfleischkarte kommt. Für die Schwerarbeitenden und Kranken muß dringend eine Erhöhung der Rationen eintreten, deren Zuwendung außerhalb des uns von den Zentralen zur Verfügung stehenden Lebensmittel-Quantums überwiesen werden muß. Pflicht des Reiches ist es, hier einzugreifen. Eine Besserung wird hoffentlich durch die Haushaltskarten kommen, die eine bessere Rationierung der Lebensmittel bringen werden, die uns zur Verfügung stehen. Notwendig ist es, zu prüfen, ob nicht noch andere Wege eingeschlagen werden können, um die Lebensmittelproduktion zu heben. Endlich muß auch die von Herrn Thiele oft angeführte Forderung bewilligt werden, das Angeln allenthalben freizugeben. Das kleinste Mittel trägt zur Linderung der Not bei. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft muß mit aller Schärfe gegen unsaubere Elemente vorgehen, die das Volk aushungern, damit nicht auch hier der Gedanke sich festsetzt, die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen. Diese Burschen können nicht scharf genug genommen werden. Dann darf auch das Beispiel nicht nachgeahmt werden, das hier im Hafen gegeben wurde, wo heute auf einem Segler drei Schüler den ganzen Tag beschäftigt wurden. Hier sind noch Arbeitskräfte genug, man braucht nicht dazu überzugehen, Knaben zu so schwerer Arbeit zu verwenden, wo sie sich für ihr ganzes Leben unglücklich machen können. Wir halten es für dringend erforderlich, mit dem bisherigen Brauch der Rücksichtnahme zu brechen und daß nunmehr unser Vertreter im Bundesrat dafür eintritt, daß Radikalmittel angewendet werden. Wir dürfen nicht vergessen, daß es sich darum handelt, den arbeitenden Kreisen gerecht zu werden, auf denen alles außerordentlich schwer lastet. Auch der Mittelstand ist nicht auf Rosen gebettet. Die Pflicht zwingt uns dazu, wenn wir für die spätere Zukunft sorgen und verhüten wollen, daß die kommende Generation degeneriert. Deshalb bitte ich Sie, dem Antrage zuzustimmen und ihn dem Bürgerausschuß zu überweisen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Klein geht des näheren auf den Kommissionsbericht ein und weist auf die Schwierigkeiten hin, die gerade hier der Einführung der Butterkarte im Wege standen. Es seien doch eine ganze Reihe Lebensmittel vorhanden, die man örtlich herabsetzen könne. Die hohen Preise drücken jeden, der seine Einnahme nicht verbessern könne. Für Erbsen und Bohnen werden so hohe Preise gefordert, daß sie mit den Erzeugungskosten nicht im Einklang zu bringen sind. Frühkartoffeln waren in Hamburg, Rostock und Schwerin bedeutend billiger als hier. Wenn die Ware nicht an den hiesigen Markt kommt, dann muß sie eben beschlagnahmt werden. In Mannheim hat eine derartige Drohung sehr rasch gewirkt. Es darf eben heute nicht jeder machen, was er will. Eine Regelung der Eierpreise ist doch dringend notwendig. In Mecklenburg kosten die Eier 12½, einige Stunden weiter, in Lübeck, 30 Pfg. So etwas kann man doch dem Kriegsernährungsamt in Berlin mitteilen. Notwendig ist die Herabsetzung des Brotpreises. Die Festsetzung der Kartoffelpreise ist eine verkehrte Regelung. Dazu hätte man keinen [illegible] gebraucht. Wer verbürge denn auch, daß wir für diese hohen Preise auch gute Ware bekämen. Voriges Jahr habe noch ein Bauer geschrieben: die guten Kartoffeln esse ich selbst, die zweiten meine Schweine und die schlechte Sorte können Sie zu den Höchstpreisen haben. Wenn man guten und energischen Willen habe, könne man gegen derartige Verhältnisse schon etwas ausrichten. Redner wünscht Stelling bei in bezug auf Beschlagnahme und Rationierung der Lebensmittel. Preistreiberei und Wucherei sei das Betrübendste der heutigen Zeit. Das Volk wolle sehen, daß hier etwas geschehe, dann hörten auch die Klagen an die Front auf. Den Wucherern sei der Ernst der Zeit noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Der würde ihnen erst kommen, wenn der Eisenhagel über ihre Köpfe niederprasselte. Er stimme sowohl für den Antrag Reimpells wie für den Stellings.

Senator Strack hält den Durchschnittspreis der Lebensmittel auch für viel zu hoch; es frage sich nur, wie man diese herabsetzen könne. In Berlin hätten die Lübecker Vertreter getan, was man tun konnte. Das Wetter sei den Frühkartoffeln hinderlich gewesen. Was Herr Klein über die Lebensmittelwucherer gesagt habe, sei durchaus richtig. Wenn das Gericht gesprochen habe, werde man mit der Veröffentlichung auch nicht zurückhalten.

Henk bemerkt, die Dürre habe für die Milcherzeugung jahrelange Schäden hervorgebracht. Wir hätten in Lübeck sehr bescheidene Milchpreise gegenüber Hamburg. Die Futtermittel seien gewaltig gestiegen, bei der Milch könne man nicht von Wucher sprechen. Richtig sei, daß das Brot gegenüber dem Roggenpreis viel zu teuer sei. Die Erzeugerspreise seien heute noch unbekannt, über Kartoffelpreise könne man streiten. Viele kleine Besitzer hätten hierbei eine besondere Einnahme, die ihnen zu gönnen sei. Er selbst habe früher 7 Mark pro Zentner Magnum bonum erhalten. (Stelling: Haben Sie aber Schwein gehabt!) Die Eierpreise seien allerdings unerhört. Das komme aber nicht daher, daß solche Preise gefordert, sondern daß sie geboten würden. Hier müsse Einhalt getan werden, 20 Pfg. pro Stück sei genug. Diesen Preis müsse der Landwirt und Hühnerzüchter aber haben, denn darunter würden keine Eier mehr gelegt. Die allgemeinen Unkosten des Landmannes seien gewaltig gestiegen, deshalb sei auch ein höherer Preis gerechtfertigt. Ein Volksausbeuter und Wucherer sei er nicht. Auch dem Kaufmann gönne man seinen Gewinn.

Schetelig sucht im einzelnen zu beweisen, warum die Kartoffeln dieses Jahr etwas teurer seien, als früher, verteidigt die Gärtner und glaubt, daß ein Verteuerungsaufschlag für Gemüse von 25 % nicht zu hoch sei.

Dr. Hartwig kann dem Antrag Reimpell keinen Geschmack abgewinnen, weil er zu unbestimmt gefaßt sei. Die Ablehnung dieses Antrages schließe aber nicht die Berechtigung der hohen Preise ein. Herr Stelling schaue die Landwirtschaft zu rosig an. Mit Eier werde geradezu schamloser Wucher getrieben. Wenn man den Wucherern an den Kragen gehen könne, müsse man es tun, wo sie gefunden werden. Die Bevölkerung müsse beim Ueberwachungsdienst mithelfen, unbarmherzig ohne jede Rücksicht jede Uebertretung anzeigen. Redner hat zu dem Kriegsernährungsamt großes Zutrauen, es arbeite zwar langsam, werde aber doch zu methodischen Ergebnissen führen. Die Schutzzollpolitik wird vom Redner verteidigt; dem Antrag Stelling werde er zustimmen.

Aug. Pape erwähnt, daß die Bevölkerung schon froh sei, wenn nur einige Lebensmittel billiger würden. Ein Grund für Verteuerung liege z. B. auch in den Kommissionsgebühren, die bei Ladungen aus Oesterreich bezahlt wurden. Redner bemängelt ferner, daß bei den hohen Preisen die Bevölkerung noch mit Einquartierung belegt werden.

Von Senator Strack wird auf einzelne Beschwerden eingegangen, der Senat tue das menschenmögliche. Man könne zu ihm Vertrauen haben.

Stelling geht auf die Ausführungen der einzelnen Redner kurz ein, bemerkt nochmals, daß alles versucht werden müsse, mehr Zucker für die Lübecker Bevölkerung herauszuholen und fordert die dringendste Sorgfalt, damit nun jetzt endlich jedem seine 90 Gramm Butter gewährleistet werden, nachdem nunmehr die Rationierung erfolgt ist.

Senator Strack erwähnt die großen Schwierigkeiten in der Butterfrage und gibt bekannt, daß Lübeck jede Woche 90 Faß Zuschuß von Berlin benötige. In den 90 Gramm sei alles Streichfett enthalten.

Schetelig verteidigt den hohen Erbsenpreis und

Henk bedauert, daß das Kriegsernährungsamt bei den Kartoffeln keinen Differenzierungspreis eingeführt habe und wünscht strenge Maßnahmen gegen den Eierwucher. Redner stellt ferner die Frage, wohin wir gekommen wären, wenn wir nicht auch die Beschlagnahme des Getreides durchgeführt hätten. Dann würden wir heute Preise von 70 bis 80 Mark pro Sack haben, wofür heute 22,50 Mark bezahlt werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das bestätigt die Richtigkeit unserer Anträge.)

Der Antrag Reimpells wird abgelehnt, derjenige Stellings nahezu einstimmig angenommen.

Schluß 10 Uhr 50 Minuten.

# Politische Rundschau.

## Deutschland.

### Eine Mahnung zur Vernunft.

Im Scherlschen „Tag" untersucht Freiherr v. Zedlitz die Kriegsziele der sechs Wirtschaftsverbände. Er stellt fest, daß diese Ziele aufgestellt worden sind zu einer Zeit, wo die militärische Lage der Verbündeten eine ganz besonders günstige zu sein schien. Als verhängnisvoll bezeichnet er es, daß die Vertreter der Wirtschaftsverbände den Reichskanzler in öffentlichen Reden angegriffen haben, weil dadurch eine nähere Fühlungnahme verhindert worden ist. Kriegsziele müßten ihre Stütze in der Kriegslage haben. Wenn dieses Moment nicht beachtet wird, dann gibt man den Drahtziehern des Vierverbandes Mittel in die Hand, die Kriegslust der Völker immer wieder aufzupeitschen. Wer sich auf solche Kriegsziele verbissen hat, wird künftig selbst günstigen Friedensbedingungen mit Unzufriedenheit gegenüberstehen. Frhr. v. Zedlitz sagt dann:

„Es verdient bei dieser Sachlage sicher ernste Erwägung, ob die wirtschaftlichen Verbände es nicht für ihre vaterländische Pflicht erachten sollten, jetzt in eine sorgsame Nachprüfung ihrer Ziele unter dem Gesichtspunkte einzutreten, ob diese noch der Kriegslage entsprechen und sich in den Grenzen des Erreichbaren halten. Ergibt sich, was kaum zu bezweifeln ist, dabei, daß jene Voraussetzung nicht mehr zutrifft, so würde die Einschränkung dieser Kriegsziele auf das erreichbare Maß die unabweisbare Konsequenz sein."

Schließlich wird empfohlen, eine Aussprache des Kanzlers mit den Vertretern der Wirtschaftsverbände herbeizuführen. Die Mahnung des Herrn v. Zedlitz verdient besondere Beachtung deshalb, weil sich anscheinend ein heftiger Kampf zwischen den „Nationalen" und den die Schwerindustrie vertretenden „Unabhängigen" vorbereitet.

### Dr. Heim über die Lebensmittelversorgung.

Der frühere Abg. Dr. Heim, Beirat des Kriegsernährungsamtes, veröffentlicht in den „Münch. Neuest. Nachr." einen Artikel, in dem er ausführt, daß in Preußen die Verbrauchsregelung in Eiern, Fleisch und Butter entweder vollständig hintertrieben werde oder nur örtlich und ungenügend sei. Wenn man Aufhebung der bayerischen Ausfuhrverbote anstrebe, möge man dafür sorgen, daß die Einschränkungen überall die gleichen seien, ehe man einem andern etwas wegnehmen wolle. — Tatsache ist, daß die Lebensmittelversorgung nicht nur in Bayern, sondern in ganz Süddeutschland weit besser geregelt ist, als in Preußen, wo die Entscheidungen immer noch vom Großgrundbesitz ganz wesentlich beeinflußt werden.

### Noch keine Reichs-Eierverordnung.

Das Kriegsernährungsamt veröffentlicht nachstehende Berichtigung: „Einige Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß eine Eierverordnung in diesen Tagen bevorstehe, und Einzelheiten aus dieser mitgeteilt. Die Nachricht ist verfrüht und in den Einzelheiten unzutreffend. Die Vorarbeiten für eine Eierverordnung sind im K.-E.-A. noch nicht abgeschlossen."

### Der Goldsegen der Landwirtschaft.

In vergangener Woche hielten die westfälischen ländlichen Genossenschaften ihre Verbandstagung ab, auf der laut Bericht der „Köln. Volkszeitung" folgendes mitgeteilt wurde: „Die Spar- und Darlehnskasse hatte bei 97 755 Mitgliedern einen Gesamtumsatz von 476 Millionen Mark. An Spareinlagen waren dem Verein über 254½ Millionen Mark anvertraut, die Summe, der von ihnen ausgegebenen Darlehen betrug über 216½ Millionen Mark. Der Geldzufluß hielt ununterbrochen an, so daß die Vereine an überschüssigen Geldern über 132 Millionen Mark an die ländliche Zentralkasse abführen konnten; gegen 72 Millionen Mark im Jahre 1914 und 66 Mill. Mark im Friedensjahre 1913. Das Darlehnsgeschäft war dagegen auf das geringste Maß zurückgegangen. — Dieser Geldzufluß spricht deutlich genug für die gewaltigen Gewinne der Landwirtschaft in Kriegszeiten. „Opfer" hat sie jedenfalls nicht zu bringen.

### Im Meininger Landtag

wurde einstimmig ein Antrag der Regierung angenommen, der die Mandate der Abgeordneten um ein weiteres Jahr, bis zum Herbst 1917, verlängert. — Außerdem hat die Regierung dem Landtag eine Vorlage zugehen lassen, die eine Erhöhung der Teuerungszulagen an Staatsbeamte, Geistliche, Volksschullehrer und Staatsarbeiter vorsieht.

**Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.**
**Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.**